

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2019/200313]

**13. DEZEMBER 2018 — Erlass der Regierung über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 § 1 Nummern 2 und 6, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 2 § 2 Absatz 1 und Artikel 2 § 5, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007;

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 13 § 1;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 20. September 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 29. Juni 2018;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 64.415/4 des Staatsrates, das am 19. November 2018 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Aufgrund der gleichlautenden Stellungnahme des föderalen Ministerrates vom 7. Dezember 2018;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 4. September 2018;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

*KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1 - Begriffsbestimmungen**

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Arbeitnehmer: die Person, die durch einen Arbeitsvertrag gebunden ist oder die Person, die nicht unter einen Arbeitsvertrag fällt, jedoch gegen Entlohnung einer Tätigkeit unter Verantwortung und Autorität einer anderen Person oder einer Arbeit unter ähnlichen Bedingungen nachgeht;

2. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

3. arbeitsmarktrelevante Berufsausbildung: Berufsausbildung, die die Integrationschancen des Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt nachhaltig verbessert;

4. Arbeitsuchender: jede Person, die beim Arbeitsamt eingetragen ist;

5. Ausbildungsentschädigung: Vergütungen und finanzielle Vorteile, die ein Auszubildender als Entlohnung für seine verrichtete Arbeit oder als Beihilfe für die Teilnahme an einer Berufsausbildung erhält;

6. Dekret vom 17. Januar 2000: das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

7. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

8. ECTS: im Rahmen des Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen vergebene Leistungspunkte;

9. Eingliederungsweg: Gesamtheit der Schritte und Maßnahmen, die darauf abzielen, den Arbeitsuchenden erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren;

10. entschädigte Vollarbeitslose: die Person, die keiner Beschäftigung nachgeht und die Bedingungen zum Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung im Sinne von Artikel 27 Nr. 4 des Erlasses vom 25. November 1991 erfüllt;

11. Erlass vom 25. November 1991: der Königliche Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

12. Kursteilnehmer: die Person, die einer Berufsausbildung nachgeht;

13. LfA: das Landesamt für Arbeitsbeschaffung;

14. Minister: der für Beschäftigung zuständige Minister;

15. Praktikant: der Arbeitsuchende, der ein Einstiegspraktikum gemäß Kapitel 5 Abschnitt 2 absolviert;

16. unbeschäftigter Arbeitsuchender: folgende Personen:

a) der Arbeitsuchende, der keiner entlohnten Berufstätigkeit nachgeht;

b) der unfreiwillige Teilzeitarbeitnehmer im Sinne von Artikel 29 des Erlasses vom 25. November 1991;

17. Vermittlungsdienst eines anderen Teilstaats: folgende Dienste der anderen Teilstaaten Belgiens, die gleichwertige Aufgaben wie das Arbeitsamt erfüllen:

a) VDAB: der flämische Dienst für Arbeitsvermittlung und Berufsbildung, geschaffen durch das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 7. Mai 2004 zur Schaffung der öffentlich-rechtlichen externen verselbstständigten Agentur "Flämischer Dienst für Arbeitsvermittlung und Berufsbildung";

b) FOREM: das Wallonische Amt für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung, geschaffen durch das Dekret der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 über das Wallonische Amt für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung;

c) ACTIRIS: der regionale Brüsseler Dienst für Arbeitsvermittlung, geschaffen durch die Ordonnanz vom 18. Januar 2001 über die Organisation und die Arbeitsweise von Actiris;

d) Bruxelles Formation: das französischsprachige Brüsseler Institut für die Berufsausbildung, geschaffen durch das Dekret der französischen Gemeinschaftskommission vom 17. März 1994 zur Schaffung des französischsprachigen Brüsseler Instituts für die Berufsausbildung;

18. verpflichtend eingetragener Arbeitsuchender: jeder Arbeitsuchende, der sich im Hinblick auf den Erhalt des Arbeitslosengelds oder der Berufseingliederungszulage beim Arbeitsamt eingetragen hat;

19. Werktag: die Wochentage Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlich festgelegten Feiertage.

## KAPITEL 2 — *Gemeinsame Bestimmungen*

### *Abschnitt 1 — Berufsausbildungen*

#### **Art. 2 - Berufsausbildung**

Im Rahmen des vorliegenden Erlasses sind unter Berufsausbildungen im Sinne von Artikel 27 Nr. 6 des Erlasses vom 25. November 1991 alle Maßnahmen zu verstehen, die dem Kursteilnehmer die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten in einem geordneten Ausbildungsgang oder durch eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz vermitteln.

Die Berufsausbildung umfasst:

1. das Erlernen eines Handwerkes oder eines Berufes;
2. die Umschulung im Handwerk oder Beruf;
3. das Aneignen der zur Ausübung einer Berufstätigkeit notwendigen Kompetenzen und Sprach- und Fachkenntnisse;
4. die Umschulung, Verbesserung und Erweiterung der beruflichen Kenntnisse.

Die Berufsausbildung kann in einer vom Arbeitsamt organisierten oder bezuschussten Einrichtung absolviert werden. Außerdem kann es sich bei der Berufsausbildung um eine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen oder um eine individuelle Berufsausbildung in einer Bildungseinrichtung, die vom Arbeitsamt anerkannt ist, handeln.

### *Abschnitt 2 — Gemeinsame Verfahrensbestimmungen*

#### **Art. 3 - Anerkennung von Berufsausbildungen**

§ 1 - Eine Berufsausbildung kann unter folgenden Bedingungen anerkannt werden:

1. sie weist die in Artikel 2 erwähnten Merkmale auf;
2. sie ist für das deutsche Sprachgebiet arbeitsmarktrelevant;
3. sie ist qualitativ hochwertig.

Das Arbeitsamt erkennt Berufsausbildungen entweder aus Eigeninitiative oder auf Antrag an. Zwecks Anerkennung trägt entweder das Arbeitsamt folgende Informationen aus Eigeninitiative zusammen oder eine der in Artikel 4 § 1 Absatz 1 erwähnten Personen reicht sie dort ein:

1. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Ausbildungsträgers;
2. Bezeichnung und Beschreibung der Ausbildung;
3. Beschreibung des Programminhaltes, des Ausbildungsortes und der Ausbildungszeiten;
4. Angaben über das Diplom oder Zertifikat, das am Ende der Berufsausbildung ausgehändigt wird.

Berufsausbildungen, die bereits von einer anderen belgischen oder ausländischen Behörde anerkannt wurden, erkennt das Arbeitsamt von Rechts wegen an.

Ist die Berufsausbildung nicht von einer anderen belgischen oder ausländischen Behörde anerkannt, entscheidet das Arbeitsamt über die Anerkennung auf Grundlage der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Merkmale.

§ 2 - Die Anerkennung kann nur aufrechterhalten werden, wenn die in Paragraph 1 Absatz 1 erwähnten Bedingungen erfüllt sind. Das Arbeitsamt überprüft regelmäßig die Einhaltung dieser Bedingungen.

#### **Art. 4 - Zulassung zu einer Berufsausbildung**

§ 1 - Unbeschäftigte Arbeitsuchende, entschädigte Vollarbeitslose, Arbeitnehmer, Selbstständige, Arbeitgeber oder statutarische Personalmitglieder können zu einer gemäß Artikel 3 anerkannten oder vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung zugelassen werden.

Das Arbeitsamt empfiehlt dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden bzw. dem entschädigten Vollarbeitslosen die Teilnahme an einer vom Arbeitsamt organisierten oder anerkannten Berufsausbildung und kann ihn zur Teilnahme verpflichten.

§ 2 - Handelt es sich um einen unbeschäftigten Arbeitsuchenden bzw. entschädigten Vollarbeitslosen, reicht dieser entweder aus Eigeninitiative einen vollständig ausgefüllten, datierten und unterzeichneten Antrag auf Zulassung zu einer Berufsausbildung beim Arbeitsamt ein oder füllt diesen Antrag gemeinsam mit einem Berater des Arbeitsamtes aus. Dieser Antrag enthält folgende Informationen:

1. falls er den Antrag aus Eigeninitiative einreicht, ein Bewerbungsschreiben, aus dem hervorgeht, dass die Berufsausbildung in seinen Eingliederungsweg passt und arbeitsmarktrelevant ist;
2. ein ausführliches Programm der Berufsausbildung;
3. genaue Angaben zum Beginn und Ende der Berufsausbildung sowie zu den Ausbildungstagen, Ausbildungsstunden und dem Ausbildungsort.

Handelt es sich um Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Selbstständige oder statutarische Personalmitglieder reichen diese einen Antrag auf Zulassung zu einer vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung beim Arbeitsamt ein. Dieser Antrag enthält folgende Informationen:

1. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Arbeitgebers;
2. Bezeichnung und Beschreibung der Ausbildung;
3. Beschreibung des Programminhaltes, des Ausbildungsortes und der Ausbildungszeiten;
4. Name und Wohnsitz des Antragstellers.

§ 3 - Für die Zulassung zu einer Berufsausbildung ist der unbeschäftigte Arbeitsuchende und der entschädigte Vollarbeitslose gegenüber Arbeitnehmern, Selbstständigen, Arbeitgebern oder statutarischen Personalmitgliedern bevorrechtigt.

**Art. 5 - Abschluss eines Berufsausbildungsvertrags**

Nach der gemäß Artikel 4 erfolgten Zulassung zu einer Berufsausbildung schließen das Arbeitsamt und, je nach Fall, der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose einen Berufsausbildungsvertrag gemäß den in Abschnitt 4 festgelegten Bedingungen und Modalitäten ab.

Folgende Ausbildungsverträge werden dem Berufsausbildungsvertrag des Arbeitsamtes gleichgestellt:

1. eine Einschreibebescheinigung, die im Rahmen eines Vollzeitstudiums im Sinne von Artikel 28 ausgestellt wird;
2. Lehrverträge, die im Rahmen einer dualen Ausbildung im Sinne von Artikel 29 abgeschlossen werden;
3. Ausbildungsverträge, die im Rahmen einer Ausbildungsmaßnahme der Dienststelle im Sinne von Artikel 30 abgeschlossen werden;
4. Vereinbarungen, die im Rahmen einer Aktivitätengenossenschaft im Sinne von Artikel 31 abgeschlossen werden;
5. Ausbildungsverträge, die im Rahmen einer Ausbildung durch Arbeit im Sinne von Artikel 32 abgeschlossen werden.

**Art. 6 - Gewährung einer Freistellung oder einer Prämie und Fahrtkostenentschädigung**

Wenn das Arbeitsamt die Teilnahme an einer Berufsausbildung gemäß Artikel 4 zulässt, kann es spätestens innerhalb einer Frist von 20 Werktagen ab der Zulassung:

1. dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden und entschädigten Vollarbeitslosen gemäß den in Kapitel 3 festgelegten Bedingungen und Modalitäten eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung gewähren;
2. dem entschädigten Vollarbeitslosen gemäß den in Kapitel 4 festgelegten Bedingungen und Modalitäten eine Freistellung gewähren.

*Abschnitt 3 — Bedingungen zur Zulassung zu einer Berufsausbildung***Art. 7 - Bedingungen**

§ 1 - Das Arbeitsamt lässt die Teilnahme an einer in Artikel 2 vorgesehenen Berufsausbildung zu, wenn:

1. der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat;
2. die Ausbildung in den Eingliederungsweg des unbeschäftigten Arbeitsuchenden bzw. des entschädigten Vollarbeitslosen passt;
3. die Ausbildung für den unbeschäftigten Arbeitsuchenden bzw. den entschädigten Vollarbeitslosen arbeitsmarkt-relevant ist;
4. der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose nicht der Vollzeitschulpflicht unterliegt;
5. der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose noch nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat.

Für die Anwendung von Absatz 1 Nummer 2 entscheidet das Arbeitsamt aufgrund der Fähigkeit, der beruflichen Vergangenheit und der persönlichen Situation des Antragstellers. Der Antragsteller kann einem medizinischen, psychologischen sowie Berufseignungstest unterzogen werden.

§ 2 - Sind von der Erfüllung der in Paragraph 1 erwähnten Bedingungen freigestellt:

1. Arbeitnehmer;
2. Arbeitgeber;
3. Selbstständige;
4. statutarische Personalmitglieder.

Unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose, die keinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben, können auf Antrag eines Vermittlungsdienstes eines anderen Teilstaats vom Arbeitsamt ebenfalls von der Erfüllung der in Paragraph 1 erwähnten Bedingungen freigestellt werden.

§ 3 - Der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose oder die in Paragraph 2 erwähnten Personen können der Berufsausbildung erst dann nachgehen, wenn das Arbeitsamt sie gemäß Artikel 4 dazu zugelassen hat.

*Abschnitt 4 — Berufsausbildungsvertrag***Art. 8 - Individueller Berufsausbildungsvertrag**

Bei dem gemäß Artikel 5 Absatz 1 abgeschlossenen Berufsausbildungsvertrag handelt es sich um einen individuellen Vertrag, der schriftlich vor Beginn der Berufsausbildung abgeschlossen wird.

Das Arbeitsamt schließt keinen Berufsausbildungsvertrag mit den in Artikel 7 § 2 erwähnten Personen ab. Diese können an einer Berufsausbildung teilnehmen, sofern sie gemäß Artikel 4 dazu zugelassen wurden.

**Art. 9 - Inhalt**

Der Berufsausbildungsvertrag beinhaltet folgende Angaben:

1. Identität und Wohnsitz des Kursteilnehmers;
2. das Datum des Beginns der Ausbildung und die voraussichtliche Dauer;
3. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Ausbildungsträgers;
4. genaue Angaben zu der Anzahl der Unterrichtstage und -stunden pro Woche;
5. eine Beschreibung der Ausbildung sowie das Ziel und den Ausbildungsort;
6. die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien. Diese beziehen sich insbesondere auf:
  - a) die aus dem vorliegenden Erlass hervorgehenden Verpflichtungen;
  - b) die Teilnahmemodalitäten an der Berufsausbildung;
  - c) Maßnahmen bei Arbeitsunfähigkeit und Abwesenheiten.

**Art. 10 - Dauer**

Der Berufsausbildungsvertrag wird für die Dauer der Berufsausbildung, einschließlich der Ferienzeiten, jedoch für höchstens zwölf Monate, abgeschlossen.

Die in Absatz 1 vorgesehene Dauer des Berufsausbildungsvertrags kann jeweils bei Ablauf eines zwölfmonatigen Zeitraums um einen weiteren zwölfmonatigen Zeitraum verlängert werden, wenn das Arbeitsamt feststellt, dass der

unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose folgenden kumulativen Verpflichtungen nachkommt:

1. er folgt der Berufsausbildung regelmäßig;
2. er nimmt aktiv an den Maßnahmen teil, die das Arbeitsamt ihm vorschlägt;
3. er folgt den Vorladungen des Arbeitsamtes;
4. er besteht das Berufsausbildungsjahr.

**Art. 11 - Änderung der persönlichen Situation**

Der unbeschäftigte Arbeitsuchende und der entschädigte Vollarbeitslose teilen dem Arbeitsamt jede Änderung ihrer persönlichen Situation mit. Als Änderung der persönlichen Situation gilt jedes Element, das einen Einfluss auf den Berufsausbildungsvertrag, die Freistellung oder die Prämie und die Fahrtkostenentschädigung haben kann. Gelten insbesondere als Änderung der persönlichen Situation:

1. Wohnsitzwechsel;
2. Beginn einer bezahlten Arbeit;
3. Beendigung oder Abbruch der Berufsausbildung;
4. Änderung der Ausbildungsdauer, Ausbildungstage und Ausbildungsstunden pro Woche.

In Ermangelung einer Mitteilung über die Änderung der persönlichen Situation kann das Arbeitsamt den Berufsausbildungsvertrag fristlos kündigen.

Hat der unbeschäftigte Arbeitsuchende und der entschädigte Vollarbeitslose aufgrund der in Absatz 2 erwähnten Verfehlung auf ungerechtfertigte Weise eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung bezogen, fordert das Arbeitsamt die entsprechenden Beträge zurück.

Mit der Kündigung des Berufsausbildungsvertrages endet ebenfalls die Gewährung der Freistellung.

Ereignisse, die gemäß Absatz 1 Nummern 1 und 4 eine Änderung der persönlichen Situation zur Folge haben, wirken ab dem ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem dieses Ereignis stattgefunden hat. Die in Absatz 1 Nummern 2 und 3 erwähnten Ereignisse wirken am Tag ihres Stattfindens.

**Art. 12 - Aussetzung des Vertrags**

Wenn der Kursteilnehmer wegen Krankheit oder aufgrund eines Unfalls nicht an der Ausbildung teilnehmen kann, wird der Vertrag ausgesetzt. Der Kursteilnehmer rechtfertigt seine Unfähigkeit durch ein ärztliches Attest.

Die Aussetzung des Berufsausbildungsvertrags hat zur Folge, dass der Kursteilnehmer für die Dauer der Aussetzung nicht an der Berufsausbildung teilnehmen und das Arbeitsamt keine Prämie und Fahrtkostenentschädigung zahlen muss.

Wenn die Reintegration des Kursteilnehmers in die Berufsausbildung aufgrund einer langfristigen oder wiederholten Aussetzung unmöglich wird, kann das Arbeitsamt den Vertrag fristlos kündigen.

**Art. 13 - Fristlose Kündigung**

Unbeschadet der Anwendung der Artikel 11, 12 und 48-50 kann das Arbeitsamt den Berufsausbildungsvertrag fristlos kündigen, wenn der Kursteilnehmer:

1. einen in den Artikeln 232-235 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten Verstoß begangen hat, um zu einer Berufsausbildung zugelassen zu werden;
2. gegen die aus dem Berufsausbildungsvertrag hervorgehenden Verpflichtungen verstößt oder diesen Verpflichtungen nicht nachkommt.

**Art. 14 - Kündigung aufgrund mangelnder Eignung**

Das Arbeitsamt kann den Berufsausbildungsvertrag auflösen, wenn der Kursteilnehmer nicht die nötige Eignung besitzt, um mit Erfolg am normalen Ablauf der Berufsausbildung teilzunehmen.

KAPITEL 3 — *Prämie, Fahrtkostenentschädigung und Versicherung*

*Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen*

**Art. 15 - Prämie**

§ 1 - Das Arbeitsamt kann den in Abschnitt 2 definierten Berechtigten eine Prämie von höchstens 150 Euro pro Monat für eine vollzeitige Berufsausbildung gewähren.

Eine vollzeitige Berufsausbildung umfasst 38 Ausbildungsstunden pro Woche oder 60 ECTS pro Studienjahr. Eine Ausbildungsstunde umfasst mindestens 45 Minuten.

§ 2 - Wenn die wöchentliche Berufsausbildungsdauer weniger als 38 Stunden pro Woche oder das Studienjahr weniger als 60 ECTS bzw. das Semester weniger als 30 ECTS umfasst, wird die in Paragraph 1 vorgesehene Prämie im Verhältnis zur Ausbildungszeit gezahlt.

§ 3 - Wenn kein Anrecht auf eine vollständige monatliche Prämie besteht, entspricht die monatliche Prämie dem Resultat der Multiplikation der entsprechenden Prämie mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werktage des Monats entsprechend dem anzuwendenden Berufsausbildungsregimes darstellt und deren Zähler die Anzahl tatsächlicher oder gleichgestellter Berufsausbildungstage darstellt.

§ 4 - In Abweichung der Paragraphen 2-3 wird für unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose, die einer Vorschalt- und/oder Integrationsmaßnahme im Sinne von Artikel 20 folgen, die monatliche Prämie im Verhältnis zur tatsächlichen Anwesenheit gezahlt.

Der in Absatz 1 erwähnte Arbeitsuchende reicht monatlich eine Anwesenheitsliste, die vom Ausbildungsträger ausgestellt wird, beim Arbeitsamt ein.

Bleibt der unbeschäftigte Arbeitsuchende und der entschädigte Vollarbeitslose der Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme mehr als 20 % seiner monatlichen Ausbildungszeit unentschuldigt fern, erhält er für diesen Monat weder eine Prämie noch eine Fahrtkostenentschädigung.

§ 5 - Das Arbeitsamt zahlt die Prämie monatlich auf das Konto des unbeschäftigten Arbeitsuchenden und des entschädigten Vollarbeitslosen aus.

§ 6 - Der Minister kann weitere Modalitäten der Auszahlung und Indexierung der Zuschüsse festlegen.

**Art. 16 - Fahrtkostenentschädigung**

Die in Abschnitt 2 definierten Berechtigten, die Anrecht auf eine in Artikel 15 erwähnte Prämie haben, haben ebenfalls Anrecht auf eine Fahrtkostenentschädigung. Dazu gewährt das Arbeitsamt eine Fahrtkostenentschädigung in

Form eines Tagessatzes, indem es einen Beitrag zu den Kosten leistet, die dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden und dem entschädigten Vollarbeitslosen in einer Berufsausbildung durch die Benutzung von Beförderungsmitteln beim Zurücklegen der Fahrtstrecke zwischen der Ortschaft, in der sich sein Wohnsitz befindet, und der Ortschaft, in der die Berufsausbildung ausgeübt wird, entstehen. Die Fahrtkostenentschädigung wird unter der Bedingung gewährt, dass eine einzelne Fahrtstrecke mindestens 5 km beträgt.

Der Tagessatz der Fahrtkostenentschädigung entspricht dem Preis des Monats-Sozialabonnements 2. Klasse der Belgischen Eisenbahngesellschaft geteilt durch 3,3027 multipliziert mit 52 geteilt durch 261.

Das Arbeitsamt erstattet die Fahrtkosten bis zu einer Fahrtstrecke von 150 km pro Fahrt gemäß der in Absatz 2 festgelegten Formel zurück.

Das Arbeitsamt zahlt die Fahrtkostenentschädigung monatlich auf das Konto des unbeschäftigten Arbeitsuchenden und des entschädigten Vollarbeitslosen aus.

**Art. 17 - Gewährungszeitraum**

Die Prämie und die Fahrtkostenentschädigung werden für die in Artikel 10 Absatz 1 erwähnte Dauer des Berufsausbildungsvertrags gewährt, mit Ausnahme der Ferienzeiträume, die zwei Wochen überschreiten.

Die in Absatz 1 vorgesehene Gewährung kann unter den in Artikel 10 Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen verlängert werden.

*Abschnitt 2 — Berechtigte*

**Art. 18 - AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigte**

Das Arbeitsamt gewährt eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung für AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigte im Sinne der Artikel 4-8 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung und seiner Ausführungsbestimmungen, die zu Beginn der Berufsausbildung:

1. nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung von einer anderen öffentlichen Einrichtung oder ein Berufseinkommen erhalten;

2. eine Ausbildungsdauer vorweisen, die:

a) mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt, oder;

b) mindestens 4 Wochen beträgt.

**Art. 19 - Niedrigqualifizierte Arbeitsuchende**

Das Arbeitsamt gewährt eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung für unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose, die zu Beginn der Berufsausbildung:

1. nicht im Besitz eines:

a) Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind und keiner Ausbildung folgen, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;

b) Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre sind und keiner Lehre folgen, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;

c) gleichwertigen Zeugnisses wie unter Buchstaben a) und b) eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates sind;

2. nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung von einer anderen öffentlichen Einrichtung oder ein Berufseinkommen erhalten;

3. eine Ausbildungsdauer vorweisen, die:

a) mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt, oder;

b) mindestens 4 Wochen beträgt.

**Art. 20 - Arbeitsuchende in Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen**

Das Arbeitsamt gewährt eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung für unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose, die:

1. einer Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme folgen;

2. nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung von einer anderen öffentlichen Einrichtung oder ein Berufseinkommen erhalten.

Der Minister legt die Liste der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Maßnahmen fest.

*Abschnitt 3 — Versicherung*

**Art. 21 - Versicherungsvertrag**

Im Falle von Berufsausbildungen, die nicht in den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle oder des Gesetzes vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor fallen, schließt das Arbeitsamt für die unbeschäftigten Arbeitsuchenden und die entschädigten Vollarbeitslosen einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort ab. Dieser Versicherungsvertrag räumt dem Arbeitsuchenden dieselben Vorteile ein wie diejenigen, die ein Versicherer aufgrund des vorerwähnten Gesetzes vom 10. April 1971 und seinen Ausführungserlassen einem Lohnempfänger im erlernten Beruf einräumen muss.

Im Falle von Berufsausbildungen, die zwar in den Anwendungsbereich der vorerwähnten Gesetze vom 10. April 1971 und vom 3. Juli 1967 fallen, jedoch keine Deckung gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort aufweisen, schließt das Arbeitsamt für die unbeschäftigten Arbeitsuchenden und die entschädigten Arbeitsuchenden einen Versicherungsvertrag ab, durch den diese Risiken gedeckt sind. Dieser Versicherungsvertrag räumt dem Arbeitsuchenden dieselben Vorteile ein wie diejenigen, die ein Versicherer aufgrund des vorerwähnten Gesetzes vom 10. April 1971 und seinen Ausführungserlassen einem Lohnempfänger im erlernten Beruf einräumen muss.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 schließt das Arbeitsamt für die Kursteilnehmer, die einer der folgenden Berufsausbildungen folgen, keinen Versicherungsvertrag ab:

1. Vollzeitunterricht im Sinne von Artikel 28;

2. duale Ausbildungen im Sinne von Artikel 29;

3. Ausbildungsbeihilfen der Dienststelle im Sinne von Artikel 30;

4. Aktivitäten im Rahmen einer Vereinbarung mit einer Aktivitätengenossenschaft im Sinne von Artikel 31;

5. Ausbildung durch Arbeit im Sinne von Artikel 32.

Unbeschadet der Absätze 1-3 schließt das Arbeitsamt einen Haftpflichtversicherungsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 4. April 1914 über die Versicherungen für die Dauer der Berufsausbildung ab. Dieser Versicherungsvertrag deckt die individuelle Haftung der unbeschäftigten Arbeitssuchenden und der entschädigten Vollarbeitslosen und gegebenenfalls des Arbeitsamtes für Schäden, die unbeschäftigte Arbeitssuchende und entschädigte Vollarbeitslose Dritten, dem Ausbildungsträger, dem Betrieb, in dem sie ihre Ausbildung vollenden sowie den Mitarbeitern dieses Betriebes zufügen.

## KAPITEL 4 — Freistellung von der Aktiven Verfügbarkeit

### Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

#### Art. 22 - Freistellung

Das Arbeitsamt kann den entschädigten Vollarbeitslosen, der seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat, von der in Artikel 56 des Erlasses vom 25. November 1991 erwähnten Verfügbarkeitspflicht für den Arbeitsmarkt freistellen, um einer Berufsausbildung im Sinne von Artikel 2 zu folgen.

Die in Absatz 1 erwähnte Freistellung erlaubt es dem entschädigten Vollarbeitslosen, ein zumutbares Stellenangebot oder eine zumutbare Stelle abzulehnen. Er ist ebenfalls von der Verpflichtung freigestellt, aktiv eine Arbeitsstelle zu suchen.

#### Art. 23 - Allgemeine Freistellungsbedingungen

Unbeschadet der in Abschnitt 2 festgelegten besonderen Zulassungsbedingungen wird die Freistellung für die Dauer der Berufsausbildung gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose den Antrag auf Zulassung zu einer Berufsausbildung gemäß Artikel 4 vor Beginn der Berufsausbildung beim Arbeitsamt eingereicht hat;
2. das Arbeitsamt den entschädigten Vollarbeitslosen gemäß Artikel 4 zur Berufsausbildung zugelassen hat;
3. die Berufsausbildung:
  - a) mindestens 4 Wochen, oder;
  - b) mindestens 20 Stunden pro Woche, oder;
  - c) mindestens 27 ECTS pro Studienjahr oder 14 ECTS pro Semester beträgt;
4. die Berufsausbildung hauptsächlich von montags bis freitags und von 8 Uhr bis 17 Uhr stattfindet;
5. der entschädigte Vollarbeitslose sich verpflichtet, während der Freistellung beim Arbeitsamt eingetragen zu sein.

Das Arbeitsamt kann in Abweichung von Absatz 1 Nummer 3 eine Freistellung gewähren, wenn es sich bei dem Berufsausbildungsjahr, in dem die dort festgelegten Stunden- oder ECTS-Schwellen nicht erreicht werden, um das Abschlussjahr der Berufsausbildung handelt.

#### Art. 24 - Grundsatz der einmaligen Freistellung

Das Arbeitsamt kann den entschädigten Vollarbeitslosen nur einmalig freistellen, um einer Berufsausbildung zu folgen.

Unter Berücksichtigung des Alters, des bereits absolvierten Studiums, der Eignungen, der Berufsvergangenheit, der Dauer der Arbeitslosigkeit des entschädigten Vollarbeitslosen, der Art der Berufsausbildung und der Möglichkeiten, die diese Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt bietet, kann das Arbeitsamt eine Abweichung von dem in Absatz 1 vorgesehenen Grundsatz vornehmen.

#### Art. 25 - Freistellungszeitraum

Die Freistellung wird für die in Artikel 10 Absatz 1 erwähnte Dauer des Berufsausbildungsvertrags gewährt.

Unbeschadet der Bestimmungen des Abschnitts 2 kann die in Absatz 1 vorgesehene Freistellung unter den in Artikel 10 Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen verlängert werden.

#### Art. 26 - Ursprüngliche Freistellung durch eine regionale Behörde

Der entschädigte Vollarbeitslose, der bereits eine Freistellung von einer anderen regionalen Behörde erhalten hat, bleibt weiterhin für die Dauer seiner Berufsausbildung freigestellt. Nach Ablauf dieser Freistellung kann er eine Erneuerung der Freistellung beim Arbeitsamt beantragen.

### Abschnitt 2 — Besondere Freistellungsbedingungen je Berufsausbildungsart

#### Art. 27 - Vorschalt-, Integrations- und Qualifizierungsmaßnahme

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine vom Arbeitsamt organisierte oder anerkannte Qualifizierungsmaßnahme handelt.

Als Qualifizierungsmaßnahme im Sinne von Absatz 1 gilt jede Ausbildungsmaßnahme, die nicht zum Erhalt eines Diploms führt. Bei dieser Maßnahme kann es sich weder um eine Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme, ein Vollzeitstudium, eine duale Ausbildung, eine Ausbildungsbeihilfe der Dienststelle, eine Aktivitätengenossenschaft eine Ausbildung durch Arbeit noch um ein Praktikum im Sinne von Artikel 34 wie sie im vorliegenden Erlass definiert ist, handeln.

Er kann ebenfalls freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme handelt.

#### Art. 28 - Vollzeitstudium

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein Vollzeitstudium in einer anerkannten Bildungseinrichtung handelt.

Als Vollzeitstudium gelten:

1. Sekundarunterricht der Oberstufe im Regelschulwesen, sofern der Berufsausbildungszeitraum mindestens 4 Wochen und durchschnittlich 20 Stunden pro Woche beträgt;
2. von einer Gemeinschaft oder in einem anderen Staat organisierter, anerkannter oder subventionierter Hochschulunterricht, sofern er mindestens 27 ECTS pro Studienjahr oder 14 ECTS pro Semester umfasst;
3. Kurse im Rahmen der schulischen Weiterbildung im Sinne von Kapitel 1 Abschnitt 4 des Programmdekrets 1997 oder gleichwertige Kurse eines anderen Teilstaates, sofern der Berufsausbildungszeitraum mindestens 4 Wochen und durchschnittlich 20 Stunden pro Woche beträgt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose als regulärer Schüler eingetragen ist. Die Freistellung wird nicht gewährt, wenn er als freier Schüler eingetragen ist;
2. das Vollzeitstudium das gleiche oder ein höheres Niveau als das bereits absolvierte Studium hat;
3. der entschädigte Vollarbeitslose nicht im Besitz eines Abschlusszeugnisses des Hochschulwesens ist;
4. der entschädigte Vollarbeitslose seine letzte Ausbildung an einer Schule und/oder im Rahmen einer Lehre am Tag, an dem das Vollzeitstudium beginnt, seit mindestens zwei Jahren beendet hat;
5. die entschädigte Arbeitslosigkeit mindestens einen der folgenden Zeiträume beträgt:
  - a) einen Tag innerhalb der letzten 3 Monate, wenn das Vollzeitstudium auf einen Mangelberuf vorbereitet;
  - b) drei Monate, d.h. mindestens 78 Leistungen als entschädigter Vollarbeitsloser während der letzten zwei Jahre vor Beginn der Freistellung erhalten haben, wenn der entschädigte Vollarbeitslose höchstens 25 Jahre alt ist;
  - c) zwölf Monate, d.h. mindestens 312 Leistungen als entschädigter Vollarbeitsloser während der letzten zwei Jahre vor dem Beginn der Freistellung erhalten haben, wenn das Studium nicht auf einen Mangelberuf vorbereitet.

Das Arbeitsamt gewährt eine Abweichung von den in Absatz 3 Nummern 2 und 3 aufgeführten Bedingung, wenn das bereits erhaltene Diplom keine ausreichenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet.

Der Minister erstellt auf Vorschlag des Arbeitsamtes jährlich eine Liste der Berufe, für die ein Fachkräftemangel im Sinne von Absatz 3 Nummer 5 Buchstaben a) und c) identifiziert werden kann.

#### **Art. 29 - Duale Ausbildung**

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine duale Ausbildung im Sinne von Artikel 4 Nummer 17 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen handelt und er einem Lehrvertrag im Sinne von Artikel 27 Nummer 15 des Erlasses vom 25. November 1991 unterliegt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose seine letzte Ausbildung an einer Schule und/oder im Rahmen einer Lehre am Tag, an dem die duale Ausbildung beginnt, seit mindestens zwei Jahren beendet hat;
2. der entschädigte Vollarbeitslose, der bereits im Besitz eines Abschlusszeugnisses der dualen Ausbildungen ist, eine Ausbildung bei einem anderen als seinem letzten Arbeitgeber beginnt.

#### **Art. 30 - Ausbildungsbeihilfen der Dienststelle**

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine der folgenden Maßnahmen der Dienststelle handelt:

1. die durch den Erlass der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess geregelte Ausbildung im Betrieb;
2. das durch den Erlass der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung geregelte Ausbildungspraktikum;
3. die durch den Erlass der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum geregelte Orientierung im Betrieb.

#### **Art. 31 - Unternehmerkandidat im Rahmen einer Aktivitätengenossenschaft**

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn er im Rahmen seiner Berufsausbildung als angehende Unternehmer eine Vereinbarung mit einer Aktivitätengenossenschaft im Sinne von Titel VIII Kapitel 1 des Gesetzes vom 1. März 2007 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen schließt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. die Aktivitätengenossenschaft gemäß Artikel 81 des vorerwähnten Gesetzes vom 1. März 2007 anerkannt ist;
2. der Arbeitnehmer zur Zielgruppe der schwer vermittelbaren Arbeitsuchenden oder anderer gefährdeter Gruppen im Sinne von Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Juni 2009 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen über das Statut der angehenden Unternehmer in einer Aktivitätengenossenschaft gehört;
3. die finanziellen oder materiellen Leistungen, die der entschädigte Vollarbeitslose während der Vereinbarungsdauer erhält, auf einen Zuschuss von höchstens 2 Euro pro Arbeitsstunde begrenzt sind.

In Abweichung von Artikel 25 wird in diesem Fall die Freistellung für die Dauer der Vereinbarung gewährt mit einer Höchstdauer von 18 Monaten. Sie kann mehrere Male gewährt werden. Auch im Fall einer Kumulierung von Freistellungen, um einer oder mehreren Berufsausbildungen als Unternehmerkandidat in einer Aktivitätengenossenschaft zu folgen, kann die Gesamtdauer der Freistellung 18 Monate nicht überschreiten.

#### **Art. 32 - Ausbildung durch Arbeit**

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn die Berufsausbildung:

1. in einem Ausbildungsbetrieb stattfindet, der gemäß den Bestimmungen des Dekrets der Wallonischen Region vom 10. Juli 2013 über die Zentren zur sozial-beruflichen Eingliederung zugelassen ist;
2. in einer Ausbildungswerkstatt stattfindet, die gemäß dem Dekret der französischen Gemeinschaftskommission von Brüssel-Hauptstadt vom 27. April 1995 zur Zulassung bestimmter Einrichtungen der sozialen und beruflichen Eingliederung und zur Subventionierung ihrer Berufsbildungsaktivitäten, um die Chancen von Arbeitslosen und gering qualifizierten Arbeitsuchenden zu erhöhen, im Rahmen koordinierter Programme der sozialen und beruflichen Eingliederung eine Beschäftigung zu finden oder wieder aufzunehmen, zugelassen ist.

Die in Abschnitt 1 erwähnte Freistellung wird gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose zu Beginn der Ausbildung mindestens 18 Jahre alt und nicht im Besitz eines Diploms oder Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts ist;
2. der entschädigte Vollarbeitslose zu Beginn der Berufsausbildung seit mindestens 6 Monaten als arbeitsuchend beim Arbeitsamt eingetragen ist;
3. der entschädigte Vollarbeitslose während der sechs Monate vor Beginn der Ausbildung keinem Vollzeitstudium nachgegangen ist, keine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen erfolgreich absolviert hat und nicht mehr als 78 Tage als Arbeitnehmer oder mehr als ein Quartal als Selbstständiger gearbeitet hat;
4. die finanziellen Leistungen, die der entschädigte Vollarbeitslose während der Ausbildung erhält, auf einen Zuschuss von höchstens 1 Euro pro Ausbildungsstunde begrenzt sind.

Artikel 31 Absatz 3 ist anwendbar auf den Freistellungszeitraum.

*Abschnitt 3 — Zulassung zu einer Berufsausbildung ohne Freistellung für entschädigte Vollarbeitslose***Art. 33 - Zulassung zu einer Berufsausbildung**

Wenn der entschädigte Vollarbeitslose eine Berufsausbildung absolviert, die nicht den gemäß Artikel 23 Absatz 1 Nummer 3 Buchstaben *a)* und *b)* festgelegten Bedingungen entspricht, wird die Freistellung verweigert. Das Arbeitsamt kann den entschädigten Vollarbeitslosen jedoch zur Teilnahme an der betreffenden Berufsausbildung zulassen, vorausgesetzt:

1. die in Artikel 7 festgelegten Bedingungen sowie die übrigen in Artikel 23 festgelegten Bedingungen sind erfüllt;
2. der Arbeitsuchende steht während dieser Zeit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Das Arbeitsamt schließt mit entschädigten Vollarbeitslosen, die gemäß Absatz 1 zu einer Berufsausbildung zugelassen wurden, keinen Berufsausbildungsvertrag ab. Es schließt für dieselben Personen keinen Versicherungsvertrag ab.

**Art. 34 - Zulassung zu einem Praktikum**

§ 1 - Das Arbeitsamt kann einen entschädigten Vollarbeitslosen zur Teilnahme an einem Praktikum zulassen, wenn:

1. die in Artikel 7 festgelegten Bedingungen erfüllt sind;
2. die Praktikumsdauer 3 Monate nicht überschreitet;
3. ein Praktikumsvertrag abgeschlossen wurde;
4. ein Ausbildungsprogramm besteht;
5. das Praktikum von einem Praktikumsbegleiter begleitet wird;
6. die monatliche Ausbildungsentschädigung 1.350 Euro nicht überschreitet.

Als Praktikum im Sinne von Absatz 1 gilt jede zeitlich begrenzte Tätigkeit, während der der Arbeitgeber dem Praktikanten auf dem Arbeitsplatz berufsrelevante Kenntnisse in praktischer Anwendung vermittelt.

Der entschädigte Vollarbeitslose steht dem Arbeitsmarkt während des Praktikums zur Verfügung.

Praktika, die im Rahmen des Erasmus+-Programms und dem europäischen Solidaritätskorps organisiert werden, sind von den in Absatz 1 Nummer 2 sowie von der in Absatz 3 erwähnten Verpflichtung ausgenommen.

Der Minister kann den in Absatz 1 Nummer 6 erwähnten Betrag abändern.

§ 2 - Entschädigte Vollarbeitslose, die gemäß Paragraf 1 zu einem Praktikum zugelassen wurden, werden nicht freigestellt. Das Arbeitsamt schließt mit ihnen keinen Berufsausbildungsvertrag ab. Es schließt für dieselben Personen keinen Versicherungsvertrag ab.

KAPITEL 5 — *Qualifizierung am Arbeitsplatz**Abschnitt 1 — Individuelle Berufsausbildung im Unternehmen***Art. 35 - Antrag**

Arbeitgeber, die beabsichtigen, eine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen zu gewährleisten, stellen beim Arbeitsamt einen entsprechenden Antrag.

Der Antrag enthält folgende Informationen:

1. die Identität des Arbeitgebers;
2. eine Beschreibung der zu besetzenden Stelle;
3. eine detaillierte Beschreibung der Ausbildungsinhalte;
4. die Identität des oder der Ausbilder;
5. die nach Abschluss des Ausbildungsvertrages angebotenen Beschäftigungsbedingungen, insbesondere die Art des Vertrages, das Entgelt und die Arbeitszeitregelung.

**Art. 36 - Zulassung**

In Abweichung von Kapitel 2 Abschnitt 2 kann das Arbeitsamt einen unbeschäftigten Arbeitsuchenden oder einen entschädigten Vollarbeitslosen zu einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen zulassen, wenn:

1. diese die in Artikel 2 erwähnten Merkmale aufweist;
2. der Arbeitgeber eine offene Stelle zu besetzen hat;
3. der unbeschäftigte Arbeitsuchende oder der entschädigte Vollarbeitslose innerhalb der in Artikel 39 festgelegten Frist die angestrebte Tätigkeit durch die individuelle Berufsausbildung im Unternehmen erlernen kann;
4. ein deutlicher Unterschied in Bezug auf Kenntnisse und Fähigkeiten zwischen dem Bewerberprofil des Arbeitsuchenden und dem Anforderungsprofil der gemäß Artikel 35 Absatz 2 Nummer 2 zu besetzenden Stelle besteht.

**Art. 37 - Vertrag**

Die individuelle Berufsausbildung im Unternehmen ist Gegenstand eines Vertrags zwischen dem Arbeitsuchenden, dem Arbeitgeber und dem Arbeitsamt.

Der Vertrag beinhaltet mindestens folgende Elemente und Angaben:

1. die Identität der Vertragsparteien;
2. die Adresse des Wohnsitzes bzw. die Adresse der Niederlassungseinheit der Vertragsparteien;
3. die Unternehmensnummer des Arbeitgebers;
4. eine Beschreibung der zu besetzenden Stelle;
5. eine detaillierte Beschreibung der Berufsausbildungsinhalte;
6. die Identität und die Funktion des bezeichneten Betreuers;
7. die Art und Weise, wie die Berufsausbildungsbegleitung durch das Arbeitsamt gewährleistet wird;
8. die Laufzeit des Vertrags;
9. die Arbeitszeitregelung
10. die Höhe der Produktivitätsprämie;
11. die Zahlungsmodalitäten der Fahrtkosten, der Aufwandsentschädigung sowie sonstige im Betrieb üblichen Zulagen;
12. die Bedingungen, unter denen eine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen abgebrochen werden kann;



13. die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Einhaltung der Arbeitsschutz- und datenschutzrechtlichen Bestimmungen;

14. die Verpflichtung des Arbeitgebers, dass er die Ausbildung gewährleistet und den Arbeitsuchenden während der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen begleitet;

15. die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien.

Die Artikel 11-14 sind auf den Vertrag anwendbar.

Unbeschadet des Absatzes 3 kann das Arbeitsamt den Vertrag kündigen, wenn der Arbeitgeber die in vorliegendem Abschnitt und die im Vertrag festgelegten Verpflichtungen nicht einhält, nachdem das Arbeitsamt ihn dazu angehört hat.

Der Minister legt auf Vorschlag des Arbeitsamtes das Muster des Vertrags fest.

#### **Art. 38 - Entschädigung**

Der unbeschäftigte Arbeitsuchende oder der entschädigte Vollarbeitslose, der an einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen teilnimmt, erhält zu Lasten des Arbeitgebers:

1. eine Produktivitätsprämie, die der geleisteten Arbeit und der Differenz zwischen dem steuerbaren Lohn, zu dem sich der Arbeitgeber nach Ausbildungsende verpflichtet, und den Lohnersatzentlohnungen des unbeschäftigten Arbeitsuchenden oder des entschädigten Vollarbeitslosen entspricht;

2. eine Fahrtkostenentschädigung zu Lasten des Arbeitgebers gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Arbeitgeber unterliegt;

3. gegebenenfalls eine Dienstfahrtsentschädigung und/oder eine Aufwandsentschädigung zu Lasten des Arbeitgebers gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Arbeitgeber unterliegt;

4. sonstige übliche Zulagen gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Arbeitgeber unterliegt.

Der nicht-entschädigte Vollarbeitslose hat Anspruch auf eine Berufsausbildungsentschädigung im Sinne des Artikels 36ter des Erlasses vom 25. November 1991.

#### **Art. 39 - Dauer**

Die Mindestdauer einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen beträgt 4 Wochen.

Die Höchstdauer der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen beträgt 6 Monate. In hinreichend begründeten Ausnahmefällen kann das Arbeitsamt eine Verlängerung der Dauer der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen um höchstens 6 Monate zulassen.

#### **Art. 40 - Verpflichtende Einstellung**

Der Arbeitgeber verpflichtet sich im Rahmen des in Artikel 37 erwähnten Vertrags, den unbeschäftigten Arbeitsuchenden oder den entschädigten Vollarbeitslosen, der an einer Berufsausbildung in seinem Unternehmen teilgenommen hat, sofort nach Beendigung seiner Berufsausbildung für eine Dauer, die mindestens der Dauer der Berufsausbildung entspricht, als Lohnempfänger einzustellen.

Die Einstellung des unbeschäftigten Arbeitsuchenden oder des entschädigten Vollarbeitslosen erfolgt für eine Stelle in der erlernten Tätigkeit und zu den im Unternehmen für diese Tätigkeit üblichen Bedingungen.

#### **Art. 41 - Versicherung**

Der Arbeitgeber schließt für die unbeschäftigten Arbeitsuchenden und die entschädigten Vollarbeitslosen einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort ab. Dieser Versicherungsvertrag räumt dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden und dem entschädigten Vollarbeitslosen dieselben Vorteile ein wie diejenigen, die ein Versicherer aufgrund der Gesetze vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle und vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor sowie ihrer Ausführungserlasse einem Lohnempfänger im erlernten Beruf einräumen muss, je nachdem, welches der vorerwähnten Gesetze auf den Arbeitgeber anwendbar ist.

Unbeschadet des Absatzes 1 schließt der Arbeitgeber einen Haftpflichtversicherungsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen für die Dauer der Berufsausbildung ab. Dieser Versicherungsvertrag deckt die individuelle Haftung der unbeschäftigten Arbeitsuchenden und der entschädigten Vollarbeitslosen für Schäden, die unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose Dritten, dem Arbeitgeber, in dessen Unternehmen sie ihre Ausbildung vollenden, sowie den Mitarbeitern dieses Unternehmens zufügen.

### *Abschnitt 2 — Einstiegspraktikum*

#### **Art. 42 - Zulassung**

In Abweichung von Kapitel 2 Abschnitt 2 kann das Arbeitsamt den unbeschäftigten Arbeitsuchenden zu einem Einstiegspraktikum gemäß den Bestimmungen von Artikel 36<sup>quater</sup> des Erlasses vom 25. November 1991 zulassen, wenn er:

1. beim Arbeitsamt zu Beginn des Praktikums als unbeschäftigter Arbeitssuchender in der Berufseingliederungszeit eingetragen ist;

2. höchstens im Besitz eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichtes ist.

#### **Art. 43 - Beginn des Einstiegspraktikums**

Das Einstiegspraktikum beginnt frühestens am 76. Tag der Berufseingliederungszeit gemäß Artikel 36 § 1 Nummer 4 des Erlasses vom 25. November 1991 und spätestens am 310. Tag der Berufseingliederungszeit.

#### **Art. 44 - Vertrag**

Das Einstiegspraktikum ist Gegenstand eines Vertrags zwischen dem Praktikanten, dem Praktikumsgeber und dem Arbeitsamt.

Der Vertrag beinhaltet mindestens folgende Elemente und Angaben:

1. die Identität der Vertragsparteien;

2. die Adresse des Wohnsitzes bzw. die Adresse der Niederlassungseinheit der Vertragsparteien;

3. die Unternehmensnummer des Praktikumsgebers;

4. die Zielsetzung des Vertrags;

5. die Art und Weise, wie die Praktikumsbegleitung durch das Arbeitsamt gewährleistet wird;

6. die Laufzeit des Vertrags, ohne die in Artikel 36<sup>quater</sup> § 3 des Erlasses vom 25. November 1991 festgelegte Dauer zu über- oder unterschreiten;

7. die Höhe der durch den Praktikumsgeber zu zahlenden monatlichen Entschädigung gemäß Artikel 36quater § 1 Nummer 8 und § 5 des Erlasses vom 25. November 1991 sowie die Verpflichtung, diese Entschädigung innerhalb von vier Arbeitstagen nach Ablauf des Monats, auf den sie sich bezieht, zu zahlen;

8. die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien;

9. ein allgemeiner Verweis, aus dem hervorgeht, dass der Vertrag den Bestimmungen von Artikel 36quater des Erlasses vom 25. November 1991 unterliegt;

10. ein Verweis auf die geltenden Datenschutzbestimmungen;

11. die Bedingungen, unter denen das Einstiegspraktikum abgebrochen werden kann.

Die Artikel 11, 13 und 14 sind auf den Vertrag anwendbar.

Unbeschadet des Absatzes 3 kann das Arbeitsamt den Vertrag kündigen, wenn der Praktikumsgeber die in vorliegendem Abschnitt und die im Vertrag festgelegten Verpflichtungen nicht einhält, nachdem das Arbeitsamt ihn dazu angehört hat.

Der Minister legt auf Vorschlag des Arbeitsamtes das Muster des Vertrags fest.

#### **Art. 45 - Versicherung**

Der Arbeitgeber schließt für die Praktikanten einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort ab. Dieser Versicherungsvertrag räumt dem Praktikanten dieselben Vorteile ein wie diejenigen, die ein Versicherer aufgrund der Gesetze vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle und vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor sowie ihrer Ausführungserlasse einem Lohnempfänger im erlernten Beruf einräumen muss, je nachdem, welches der vorerwähnten Gesetze auf den Arbeitgeber anwendbar ist.

Unbeschadet des Absatzes 1 schließt der Arbeitgeber einen Haftpflichtversicherungsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen für die Dauer der Berufsausbildung ab. Dieser Versicherungsvertrag deckt die individuelle Haftung der Praktikanten für Schäden, die Praktikanten Dritten, dem Arbeitgeber, in dessen Unternehmen sie ihre Ausbildung vollenden sowie den Mitarbeitern dieses Unternehmens zufügen.

#### **Art. 46 - Beendigung des Einstiegspraktikums**

Bevor das Arbeitsamt die in Artikel 36quater § 5 Absatz 3 des Erlasses vom 25. November 1991 erwähnte Bescheinigung erstellt, beantragt es die Stellungnahme des Praktikanten und des Praktikumsgebers.

Die Stellungnahmen werden innerhalb von 7 Kalendertagen beim Arbeitsamt eingereicht. Das Arbeitsamt erstellt die vorerwähnte Bescheinigung innerhalb von 7 Kalendertagen nach Ablauf dieser Frist.

#### **Art. 47 - Nicht-verpflichtende Einstellung**

Der Abschluss eines Einstiegspraktikums verpflichtet den Praktikumsgeber nicht, am Ende der Praktikumszeit den Praktikanten auf Grundlage eines Arbeitsvertrags einzustellen.

### KAPITEL 6 — Kontrolle, Entzug und Einspruch

#### **Art. 48 - Einhaltung der Verpflichtungen**

Die Zulassung zur Berufsausbildung, zur individuellen Berufsausbildung im Unternehmen und zum Einstiegspraktikum sowie die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung ist an die Einhaltung der durch vorliegenden Erlass und den Berufsausbildungsvertrag festgelegten Verpflichtungen und Bedingungen gebunden.

Zur Überprüfung der Einhaltung seiner Verpflichtungen kann das Arbeitsamt eine Bescheinigung des unbeschäftigten Arbeitssuchenden und des entschädigten Vollarbeitslosen verlangen, aus der hervorgeht, dass er der Berufsausbildung regelmäßig und gewissenhaft folgt.

#### **Art. 49 - Verwarnung und Inverzugsetzung**

Stellt das Arbeitsamt fest, dass der unbeschäftigte Arbeitssuchende und der entschädigte Vollarbeitslose eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, spricht es, unbeschadet der Anwendung der Artikel 11-14, ggf. eine Verwarnung aus und setzt den Betroffenen in Verzug, diesen Verpflichtungen umgehend nachzukommen.

#### **Art. 50 - Entzug**

§ 1 - Kommt der unbeschäftigte Arbeitssuchende oder der entschädigte Vollarbeitslose nach der in Artikel 49 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht das Arbeitsamt ihm die Zulassung zur Berufsausbildung, zur individuellen Berufsausbildung im Unternehmen und zum Einstiegspraktikum sowie die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung, nachdem das Arbeitsamt ihn dazu angehört hat und unbeschadet der Anwendung der Artikel 11-14.

§ 2 - Das Arbeitsamt entzieht dem unbeschäftigten Arbeitssuchenden oder dem entschädigten Vollarbeitslosen ebenfalls die Zulassung zur Berufsausbildung und die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung, wenn er seine Berufsausbildung vorzeitig beendet oder wenn die Berufsausbildung aufgrund des Verhaltens des Betroffenen durch den Ausbildungsträger beendet wird.

Für verpflichtend eingetragene Arbeitssuchende übermittelt das Arbeitsamt die Akte seinem Kontrolldienst in Anwendung von Artikel 2 Nummer 5 des Dekrets vom 17. Januar 2000.

§ 3 - Das Arbeitsamt teilt dem unbeschäftigten Arbeitssuchenden und dem entschädigten Vollarbeitslosen seine aufgrund der Paragraphen 1 und 2 gefasste Entscheidung per Einschreiben mit.

### KAPITEL 7 — Schlussbestimmungen

#### **Art. 51 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 36quater § 1 Absatz 1 Nummer 4 des Erlasses vom 25. November 1991, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 10. November 2012, werden die Wortfolgen "156e jour" und "156e dag" jeweils durch die Wortfolge "76. Tag" ersetzt.

#### **Art. 52 - Abänderungsbestimmung**

Im selben Erlass werden aufgehoben:

1. Artikel 91, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 2. Oktober 1992 und vom 5. März 2006;
2. Artikel 92, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. Juli 2014;
3. Artikel 93, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 28. Dezember 2011;
4. Artikel 94, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. Juli 2014.

**Art. 53 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 14 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung werden die Nummern 1 und 2 wie folgt ersetzt:

“1. die in Kapitel 5 Abschnitt 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende erwähnte individuelle Berufsausbildung im Unternehmen;

2. das in Kapitel 5 Abschnitt 2 desselben Erlasses erwähnte Einstiegspraktikum;”

**Art. 54 - Aufhebungsbestimmung**

Der Erlass der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. April 2013, wird aufgehoben.

**Art. 55 - Übergangsbestimmung**

Alle Personen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses zu einer Berufsausbildung, einer individuellen Berufsausbildung in einem Unternehmen oder einem Einstiegspraktikum in Anwendung des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, zugelassen wurden, unterliegen bis zur Beendigung ihrer jeweiligen Ausbildung weiterhin den Bestimmungen des vorerwähnten Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 in seiner Fassung vom 31. Dezember 2018.

Die Personen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses gemäß demselben Erlass der Exekutive vom 12. Juni 1985 Anrecht auf eine Prämie oder eine Fahrtkosten- und Aufenthaltsentschädigung hatten oder aufgrund der Artikel 91-94 des Erlasses vom 25. November 1991 in den Genuss einer Freistellung gekommen sind, haben bis zur Beendigung ihrer jeweiligen Ausbildung in Absatz 1 erwähnten Ausbildung Anrecht auf diese Vorteile zu den durch den vorerwähnten Erlass der Exekutive vom 12. Juni 1985 und den Artikeln 91-94 des Erlasses vom 25. November 1991 festgelegten Bedingungen, in ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2018.

**Art. 56 - Übergangsbestimmung**

Entschädigte Vollarbeitslose, die bereits eine Freistellung gemäß der Artikel 91-94 des Erlasses vom 25. November 1991 aufgrund ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2015 durch das LfA erhalten haben, bleiben weiterhin für die Dauer ihrer Berufsausbildung freigestellt. Nach Ablauf dieser Freistellung können sie eine Erneuerung der Freistellung beim Arbeitsamt beantragen.

**Art. 57 - Übergangsbestimmung**

Die gemäß Artikel 5 des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten anerkannten Ausbildungen gelten als gemäß dem vorliegenden Erlass anerkannt.

**Art. 58 - Inkrafttreten**

Vorliegender Erlass tritt am 31. Dezember 2018 in Kraft.

**Art. 59 - Durchführungsbestimmung**

Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.  
Eupen, den 13. Dezember 2018

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Ministerpräsident  
O. PAASCH  
Die Vize-Ministerpräsidentin,  
Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus  
I. WEYKMANS

---

 TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/200313]

**13 DECEMBRE 2018. — Arrêté du Gouvernement relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 2, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup> et 6<sup>o</sup>, modifiés par le décret du 25 avril 2016, l'article 2, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, et l'article 2, § 5, modifié par le décret du 25 juin 2007;

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'article 13, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle;

Vu l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 20 septembre 2018;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 29 juin 2018;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 64.415/4, donné le 19 novembre 2018, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Vu l'avis conforme du conseil fédéral des ministres, donné le 7 décembre 2018;

Considérant l'avis rendu le 4 septembre 2018 par le Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

#### CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

##### Article 1<sup>er</sup> - Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° travailleur : la personne qui est liée par un contrat de travail ou celle qui, sans être liée par un tel contrat, exerce cependant une activité contre rémunération sous la responsabilité et l'autorité d'une autre personne ou tout autre travail dans des conditions similaires;

2° Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

3° formation professionnelle pertinente pour le marché de l'emploi : toute formation professionnelle qui améliore les chances d'insertion sur le marché de l'emploi pour le demandeur d'emploi;

4° demandeur d'emploi : toute personne inscrite auprès de l'Office de l'emploi;

5° indemnité pour formation : indemnités et avantages financiers que l'apprenant reçoit en guise de rémunération pour le travail qu'il a effectué ou d'allocation pour sa participation à une formation professionnelle;

6° décret du 17 janvier 2000 : le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone;

7° Office pour une vie autodéterminée : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

8° ECTS : les crédits attribués dans le cadre du Système européen de transfert et d'accumulation de crédits (ECTS);

9° parcours d'insertion professionnelle : l'ensemble des étapes et mesures qui visent à insérer avec succès le demandeur d'emploi sur le marché de l'emploi.

10° chômeur complet indemnisé : la personne qui n'est pas occupée et qui remplit les conditions pour pouvoir bénéficier d'une allocation de chômage au sens de l'article 27, 4°, de l'arrêté du 25 novembre 1991;

11° arrêté du 25 novembre 1991 : l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

12° participant : personne qui suit une formation professionnelle;

13° ONEM : l'Office national de l'emploi;

14° ministre : le ministre compétent en matière d'Emploi;

15° stagiaire : le demandeur d'emploi qui fait un stage de transition conformément au chapitre 5, section 2;

16° demandeur d'emploi inoccupé : les personnes suivantes :

a) le demandeur d'emploi qui n'exerce aucune activité professionnelle rémunérée;

b) le travailleur à temps partiel involontaire au sens de l'article 29 de l'arrêté du 25 novembre 1991;

17° service de l'emploi d'une autre entité fédérée : les services de l'emploi dépendant d'autres entités fédérées belges, et qui remplissent des missions similaires à celles de l'Office de l'emploi, à savoir :

a) le VDAB : l'Office flamand de l'Emploi et de la Formation professionnelle, créé par le décret de la Communauté flamande du 7 mai 2004 relatif à la création de l'agence autonomisée externe de droit public « Office flamand de l'Emploi et de la Formation professionnelle »;

b) le FOREm : l'Office wallon de la Formation professionnelle et de l'Emploi, créé par le décret de la Région wallonne du 6 mai 1999 relatif à l'Office wallon de la Formation professionnelle et de l'Emploi;

c) Actiris : l'Office régional bruxellois de l'emploi, créé par l'ordonnance du 18 janvier 2001 portant organisation et fonctionnement d'Actiris;

d) Bruxelles formation : l'Institut bruxellois francophone pour la Formation professionnelle, créé par le décret de la Commission communautaire française du 17 mars 1994 portant création de l'Institut bruxellois francophone pour la Formation professionnelle;

18° demandeur d'emploi dont l'inscription est obligatoire : tout demandeur d'emploi qui doit s'inscrire auprès de l'Office de l'emploi afin de percevoir les allocations de chômage ou d'insertion;

19° jour ouvrable : du lundi au vendredi, à l'exception des jours fériés légaux.

#### CHAPITRE 2. — *Dispositions communes*

##### Section 1<sup>re</sup>. — Formations professionnelles

##### Art. 2 - Formation professionnelle

Dans les limites du présent arrêté, il faut entendre par formation professionnelle, au sens de l'article 27, 6°, de l'arrêté du 25 novembre 1991, toutes les mesures qui permettent au participant d'acquérir, dans le cadre d'un parcours de formation cohérent ou par le biais d'une formation pratique sur le lieu de travail, les aptitudes, connaissances et compétences professionnelles nécessaires à l'exercice d'une activité professionnelle qualifiée.

Cette formation professionnelle comprend :

1° l'apprentissage d'un métier ou d'une profession;

2° la reconversion dans un autre métier ou une autre profession;

3° l'acquisition des compétences ainsi que des connaissances linguistiques et techniques nécessaires à l'exercice d'une activité professionnelle;

4° la reconversion, l'amélioration et l'approfondissement des connaissances professionnelles.

La formation professionnelle peut être suivie au sein d'un établissement organisé ou subventionné par l'Office de l'emploi. En outre, la formation professionnelle peut consister en une formation professionnelle individuelle en entreprise ou en une formation professionnelle suivie dans un institut de formation agréé par l'Office de l'emploi.

*Section 2. — Dispositions procédurales communes*

**Art. 3 - Agréation de formations professionnelles**

§ 1<sup>er</sup> - Une formation professionnelle peut être agréée dans le respect des conditions suivantes :

- 1° elle répond aux caractéristiques mentionnées dans l'article 2;
- 2° elle est pertinente pour le marché de l'emploi en région de langue allemande;
- 3° elle est de haute qualité.

L'Office de l'emploi agréé des formations professionnelles soit de sa propre initiative, soit sur demande. Aux fins de l'agréation, soit l'Office de l'emploi, de sa propre initiative, rassemble les informations suivantes, soit l'une des personnes mentionnées à l'article 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les lui remet :

- 1° nom, adresse, forme juridique et correspondant de l'opérateur de formation;
- 2° dénomination et description de la formation;
- 3° description du contenu du programme, du lieu et des périodes de formation;
- 4° informations concernant le diplôme ou le certificat délivré au terme de la formation professionnelle.

L'Office de l'emploi agréé d'office les formations professionnelles déjà reconnues par d'autres administrations belges ou étrangères.

Si la formation professionnelle n'a pas été agréée par une autre administration belge ou étrangère, l'Office de l'Emploi statue sur ladite agréation en se basant sur les caractéristiques mentionnées dans les alinéas 1<sup>er</sup> et 2.

§ 2 - L'agréation peut être conservée uniquement si les conditions mentionnées au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, sont remplies. L'Office de l'emploi vérifie régulièrement si ces conditions sont respectées.

**Art. 4 - Admission à une formation professionnelle**

§ 1<sup>er</sup> - Les demandeurs d'emploi inoccupés, les chômeurs complet indemnisés les travailleurs, les indépendants, les employeurs et les membres du personnel statutaire peuvent être admis à l'une des formations professionnelles organisées ou agréées par l'Office de l'emploi conformément à l'article 3.

L'Office de l'emploi peut recommander au demandeur d'emploi inoccupé ou au chômeur complet indemnisé de participer à une formation professionnelle organisée ou agréée par lui, voire l'y obliger.

§ 2 - S'il s'agit d'un demandeur d'emploi inoccupé ou d'un chômeur complet indemnisé, celui-ci introduit, auprès de l'Office de l'emploi, une demande d'admission à une formation professionnelle complète, datée et signée de sa propre initiative ou se fait aider par un conseiller dudit Office. Cette demande contient les informations suivantes :

1° s'il introduit la demande de sa propre initiative, une lettre de motivation dont il ressort que la formation professionnelle s'inscrit dans son parcours d'insertion professionnelle et qu'elle est pertinente pour le marché de l'emploi;

2° un programme détaillé de la formation professionnelle;

3° des données précises concernant le début et la fin de la formation professionnelle ainsi que les jours, les heures et le lieu de formation.

S'il s'agit de travailleurs, d'employeurs, d'indépendants ou de membres du personnel statutaire, ceux-ci introduisent, auprès de l'Office de l'emploi, une demande d'admission à l'une des formations professionnelles organisées par ledit Office. Cette demande contient les informations suivantes :

1° nom, adresse, forme juridique et correspondant de l'employeur;

2° dénomination et description de la formation;

3° description du contenu du programme, du lieu et des périodes de formation;

4° nom et domicile du demandeur.

§ 3 - En ce qui concerne l'admission à une formation professionnelle, le demandeur d'emploi inoccupé ainsi que le chômeur complet indemnisé sont prioritaires par rapport aux travailleurs, aux indépendants, aux employeurs et aux membres du personnel statutaire.

**Art. 5 - Conclusion d'un contrat de formation professionnelle**

À la suite de l'admission à une formation professionnelle conformément à l'article 4, l'Office de l'emploi et, selon le cas, le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé concluent un contrat de formation professionnelle conformément aux conditions et modalités fixées dans la section 4.

Les contrats de formation suivants sont assimilés à un contrat de formation professionnelle de l'Office de l'emploi :

1° une attestation d'inscription, délivrée dans le cadre d'études de plein exercice au sens de l'article 28;

2° des contrats d'apprentissage, conclus dans le cadre d'une formation en alternance au sens de l'article 29;

3° des contrats d'apprentissage, conclus dans le cadre d'une mesure de formation de l'Office pour une vie autodéterminée au sens de l'article 30;

4° des conventions, conclus dans le cadre d'une coopérative d'activités au sens de l'article 31;

5° des contrats de formation, conclus dans le cadre d'une formation par le travail au sens de l'article 32.

**Art. 6 - Octroi d'une dispense ou d'une prime ainsi que d'une indemnité de déplacement**

Si l'Office de l'emploi autorise la participation à une formation professionnelle conformément à l'article 4, il peut, au plus tard dans les vingt jours ouvrables suivant l'admission :

1° octroyer au demandeur d'emploi inoccupé et au chômeur complet indemnisé une prime et une indemnité de déplacement conformément aux conditions et modalités fixées dans le chapitre 3;

2° octroyer au chômeur complet indemnisé une dispense conformément aux conditions et modalités fixées dans le chapitre 4.

*Section 3. — Conditions d'admission à une formation professionnelle*

**Art. 7 - Conditions**

§ 1<sup>er</sup> - L'Office de l'emploi autorise la participation à l'une des formations professionnelles prévues à l'article 2 si :

1° le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé a son domicile en région de langue allemande;

2° la formation s'inscrit dans le parcours d'insertion du demandeur d'emploi inoccupé ou du chômeur complet indemnisé;

3° la formation est pertinente pour le marché de l'emploi pour le demandeur d'emploi inoccupé ou pour le chômeur complet indemnisé;

4° le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé n'est pas soumis à l'obligation scolaire à temps plein;

5° le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé n'a pas encore atteint l'âge légal de la retraite.

Pour l'application de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, l'Office de l'emploi statue en se basant sur la capacité, le passé professionnel et la situation personnelle du demandeur. Celui-ci peut être soumis à un examen médical et psychologique ainsi qu'à des tests d'aptitude professionnelle.

§ 2 - Sont dispensés du respect des conditions mentionnées au § 1<sup>er</sup> :

1° les travailleurs;

2° les employeurs;

3° les indépendants;

4° les membres du personnel statutaire.

L'Office de l'emploi peut aussi, à la demande du service de l'emploi d'une autre entité, dispenser les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complet indemnisés qui n'ont pas leur domicile en région de langue allemande du respect des conditions mentionnées au § 1<sup>er</sup>.

§ 3 - Le demandeur d'emploi inoccupé, le chômeur complet indemnisé ou les personnes mentionnées au § 2 peuvent suivre la formation professionnelle dès que l'Office de l'emploi les y autorise conformément à l'article 4.

#### *Section 4. — Contrat de formation professionnelle*

##### **Art. 8 - Contrat individuel de formation professionnelle**

Le contrat de formation professionnelle au sens de l'article 5, alinéa 1<sup>er</sup> consiste en un contrat individuel conclu par écrit avant le début de ladite formation.

L'Office de l'emploi ne conclut aucun contrat de formation professionnelle avec les personnes mentionnées à l'article 7, § 2. Celles-ci peuvent participer à une formation professionnelle pour autant qu'elles y aient été autorisées conformément à l'article 4.

##### **Art. 9 - Contenu**

Le contrat de formation professionnelle reprend les données suivantes :

1° l'identité et le domicile du participant;

2° la date de début de la formation et la durée présumée;

3° les nom, adresse, forme juridique et correspondant de l'opérateur de formation;

4° des informations détaillées concernant le nombre de jours et d'heures de cours par semaine;

5° une description de la formation ainsi que l'objectif et le lieu de formation;

6° les droits et devoirs des parties contractantes. Ces droits et devoirs se rapportent notamment :

a) aux obligations découlant du présent arrêté;

b) aux modalités de participation à la formation professionnelle;

c) aux mesures en cas d'incapacité de travail et d'absences.

##### **Art. 10 - Durée**

Le contrat de formation professionnelle est conclu pour la durée de ladite formation professionnelle, y compris les périodes de vacances, n'excédant toutefois pas douze mois.

La durée du contrat de formation professionnelle prévue à l'alinéa 1<sup>er</sup> peut à chaque fois être prolongée de douze mois supplémentaires au terme de chaque période de douze mois, si l'Office de l'emploi constate que le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé remplit les conditions cumulatives suivantes :

1° il suit la formation professionnelle de manière régulière;

2° il prend part activement aux mesures que l'Office de l'emploi lui propose;

3° il répond aux invitations de l'Office de l'emploi;

4° il réussit avec fruit l'année de formation professionnelle.

##### **Art. 11 - Modification de la situation personnelle**

Le demandeur d'emploi inoccupé et le chômeur complet indemnisé communiquent toute modification de leur situation personnelle à l'Office de l'emploi. Est considérée comme modification de la situation personnelle tout élément qui peut avoir une influence sur le contrat de formation professionnelle, la dispense ou la prime et l'indemnité de déplacement. Sont notamment considérés comme modification de la situation personnelle :

1° le changement de domicile;

2° l'entame d'un travail rémunéré;

3° la fin ou l'interruption de la formation professionnelle;

4° toute modification de la durée de la formation, des jours ou des heures de formation par semaine.

Si la modification de la situation personnelle n'a pas été communiquée, l'Office de l'emploi peut mettre fin sans préavis au contrat de formation professionnelle.

Si, en raison du manquement mentionné à l'alinéa 2, le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé a perçu de manière indue une prime et une indemnité de déplacement, l'Office de l'emploi lui réclame les montants correspondants.

La résiliation du contrat de formation professionnelle entraîne également la suppression de l'octroi de la dispense.

Tout événement qui entraîne une modification de la situation personnelle au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 4°, prend effet le premier jour du mois suivant celui au cours duquel il s'est produit. Les événements mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2° et 3°, prennent effet le jour de leur survenance.

##### **Art. 12 - Suspension du contrat**

L'impossibilité pour le participant de suivre la formation pour cause de maladie ou d'accident suspend l'exécution du contrat. Le participant est tenu de justifier son incapacité en présentant un certificat médical.

Lorsque le contrat de formation professionnelle est suspendu, le participant ne peut pas prendre part à la formation professionnelle pendant la durée de ladite suspension, et l'Office de l'emploi ne doit payer ni prime, ni indemnité de déplacement.

Si, en raison d'une suspension de longue durée ou répétée, la réintégration du participant n'est plus possible, l'Office de l'emploi peut résilier le contrat.

**Art. 13 - Résiliation sans préavis**

Sans préjudice de l'application des articles 11, 12 et 48 à 50, l'Office de l'emploi peut résilier sans préavis le contrat de formation professionnelle si le participant :

1° a commis l'une des infractions mentionnées aux articles 232 à 235 du Code pénal social afin d'être admis à suivre une formation professionnelle;

2° enfreint ou ne respecte pas les obligations découlant du contrat de formation professionnelle.

**Art. 14 - Résiliation en raison d'un manque d'aptitudes**

L'Office de l'emploi peut mettre fin au contrat de formation professionnelle si le participant ne possède pas les aptitudes nécessaires pour suivre avec succès le déroulement normal de la formation professionnelle.

CHAPITRE 3. — *Prime, indemnité de déplacement et assurance*

Sous-section 1<sup>re</sup>. — Dispositions générales

**Art. 15 - Prime**

§ 1<sup>er</sup> - L'Office de l'emploi peut octroyer aux bénéficiaires définis dans la section 2 une prime de 150 euros au plus par mois pour une formation professionnelle suivie à temps plein.

Une formation professionnelle suivie à temps plein correspond à 38 heures de formation par semaine ou 60 ECTS par année d'études. Une heure de formation compte au moins 45 minutes.

§ 2 - Si la durée hebdomadaire de formation professionnelle compte moins de 38 heures par semaine ou l'année d'études, moins de 60 ECTS, ou le semestre, moins de 30 ECTS, la prime prévue dans le § 1<sup>er</sup> est liquidée au prorata de la durée de formation.

§ 3 - En l'absence de droit à une prime mensuelle complète, celle-ci correspond au résultat obtenu en multipliant la prime concordante par une fraction dont le dénominateur est le nombre de jours ouvrables du mois en fonction du régime de formation applicable et le numérateur, le nombre de jours de formation professionnelle effectifs ou assimilés.

§ 4 - Par dérogation aux §§ 2 et 3, une prime mensuelle est versée aux demandeurs d'emploi inoccupés et aux chômeurs complet indemnisés qui participent à l'une des mesures préparatoires et/ou d'intégration au sens de l'article 20, et ce, au prorata de la présence effective.

Le demandeur d'emploi mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup> introduit une fois par mois, auprès de l'Office de l'emploi, une liste de présences établie par l'opérateur de formation.

Si le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé est absent pendant plus de 20 % du temps de formation mensuel de la mesure préparatoire ou d'intégration, il ne reçoit, pour le mois concerné, ni prime, ni indemnité de déplacement.

§ 5 - L'Office de l'emploi verse la prime tous les mois sur le compte du demandeur d'emploi inoccupé et du chômeur complet indemnisé.

§ 6 - Le ministre peut déterminer d'autres modalités de liquidation et d'indexation des subventions.

**Art. 16 - Indemnité de déplacement**

Les bénéficiaires définis dans la section 2, qui ont droit à la prime mentionnée à l'article 15, ont également droit à une indemnité de déplacement. Pour ce faire, l'Office de l'emploi octroie au demandeur d'emploi inoccupé et au chômeur complet indemnisé qui suit une formation professionnelle une indemnité journalière de déplacement au titre de participation aux frais encourus pour l'utilisation de moyens de transport en vue de parcourir la distance entre le domicile et le lieu de formation. L'indemnité de déplacement est octroyée à condition qu'un seul trajet compte au moins 5 km.

L'indemnité journalière de déplacement correspond au prix d'un abonnement social mensuel en deuxième classe de la Société nationale des Chemins de fer belges, divisé par 3,3027, multiplié par 52 et divisé par 261.

L'Office de l'emploi rembourse les frais de déplacement pour des trajets allant jusqu'à 150 km par trajet conformément à la formule fixée dans l'alinéa 2.

L'Office de l'emploi verse l'indemnité de déplacement tous les mois sur le compte du demandeur d'emploi inoccupé et du chômeur complet indemnisé.

**Art. 17 - Période d'octroi**

La prime et l'indemnité de déplacement sont octroyées pour la durée du contrat de formation professionnelle mentionnée à l'article 10, alinéa 1<sup>er</sup>, à l'exception des périodes de vacances de plus de deux semaines.

L'octroi prévu à l'alinéa 1<sup>er</sup> peut être prolongé dans le respect des conditions prévues à l'article 10, alinéa 2.

Section 2. — Bénéficiaires

**Art. 18 - Bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS**

L'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS au sens des articles 4 à 8 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi et de ses dispositions exécutoires qui, au début de la formation professionnelle :

1° ne perçoivent ni indemnité pour formation octroyée par une autre autorité publique, ni revenus professionnels;

2° apportent la preuve qu'ils suivent une formation dont la durée est :

a) d'au moins vingt heures par semaine;

b) d'au moins quatre semaines.

**Art. 19 - Demandeurs d'emploi peu qualifiés**

L'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux demandeurs d'emploi inoccupés et chômeurs complet indemnisés qui, au début de la formation professionnelle :

1° ne sont pas porteurs d'un :

a) certificat de l'enseignement secondaire supérieur et ne suivent aucune formation qui mène à une telle obtention dans les trois mois suivants;

b) certificat de fin d'apprentissage délivré dans le cadre de l'apprentissage mentionné dans l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et ne suivent aucun apprentissage qui mène à une telle obtention dans les trois mois suivants;

c) diplôme équivalent à celui mentionné au a) et b) délivré par une autre entité fédérée ou un autre État;

2° ne perçoivent ni indemnité pour formation octroyée par une autre autorité publique, ni revenus professionnels;

3° apportent la preuve qu'ils suivent une formation dont la durée est :

a) d'au moins vingt heures par semaine;

b) d'au moins quatre semaines.

**Art. 20** - Demandeurs d'emploi participant à des mesures préparatoires et d'intégration

L'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux demandeurs d'emploi inoccupés et chômeurs complet indemnisés qui :

1° participent à une mesure préparatoire ou d'intégration;

2° ne perçoivent ni indemnité pour formation octroyée par une autre autorité publique, ni revenus professionnels.

Le ministre fixe la liste des mesures mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°.

### Section 3. — Assurance

**Art. 21** - Contrat d'assurance

En ce qui concerne les formations professionnelles qui ne relèvent pas du champ d'application de la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail ou de la loi du 3 juillet 1967 sur la prévention ou la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public, l'Office de l'emploi conclut, pour les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés, un contrat d'assurance contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle et sur le chemin de la formation. Ce contrat d'assurance garantit au demandeur d'emploi les mêmes avantages que ceux qu'un assureur doit accorder à un salarié dans la profession apprise conformément à la loi susmentionnée du 10 avril 1971 et à ses arrêtés d'exécution.

En ce qui concerne les formations professionnelles qui, même si elles relèvent du champ d'application des lois susmentionnées des 10 avril 1971 et 3 juillet 1967, n'offrent aucune couverture contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle ou sur le chemin de la formation, l'Office de l'emploi conclut, pour les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés, un contrat d'assurance qui couvre ces risques. Ce contrat d'assurance garantit au demandeur d'emploi les mêmes avantages que ceux qu'un assureur doit accorder à un salarié dans la profession apprise conformément à la loi susmentionnée du 10 avril 1971 et à ses arrêtés d'exécution.

Par dérogation aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2, l'Office de l'emploi ne conclut aucun contrat d'assurance pour les participants à l'une des formations professionnelles suivantes :

1° enseignement de plein exercice au sens de l'article 28;

2° formations en alternance au sens de l'article 29;

3° aides à la formation accordées par l'Office pour une vie autodéterminée au sens de l'article 30;

4° activités dans le cadre d'une convention conclue avec une coopérative d'activités au sens de l'article 31;

5° formation par le travail au sens de l'article 32.

Sans préjudice des alinéas 1<sup>er</sup> à 3, l'Office de l'emploi conclut, pour la durée de la formation professionnelle, un contrat d'assurance de la responsabilité civile au sens de la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances. Ce contrat d'assurance couvre la responsabilité individuelle des demandeurs d'emploi inoccupés et des chômeurs complets indemnisés ainsi que, le cas échéant, l'Office de l'emploi pour les dommages causés par eux aux tiers, à l'opérateur de formation, à l'entreprise dans laquelle ils complètent leur formation et aux employés de cette entreprise.

## CHAPITRE 4. — Dispense de la disponibilité active

### Sous-section 1<sup>re</sup>. — Dispositions générales

**Art. 22** - Dispense

L'Office de l'emploi peut dispenser les chômeurs complets indemnisés qui ont leur domicile en région de langue allemande de l'obligation de disponibilité pour le marché de l'emploi mentionnée à l'article 56 de l'arrêté du 25 novembre 1991 pour qu'ils puissent participer à une formation professionnelle au sens de l'article 2.

La dispense mentionnée dans l'alinéa 1<sup>er</sup> autorise le chômeur complet indemnisé à refuser une offre ou un emploi convenables. Ce chômeur est également dispensé de l'obligation de rechercher activement du travail.

**Art. 23** - Conditions générales de la dispense

Sans préjudice des conditions d'admission particulières fixées dans la section 2, la dispense est octroyée pour la durée de la formation professionnelle si :

1° le chômeur complet indemnisé a introduit auprès de l'Office de l'emploi la demande d'admission à une formation professionnelle avant le début de celle-ci conformément à l'article 4;

2° l'Office de l'emploi a admis le chômeur complet indemnisé conformément à l'article 4;

3° la formation professionnelle compte :

a) au moins quatre semaines;

b) au moins vingt heures par semaine;

c) au moins 27 ECTS par année d'études ou 14 ECTS par semestre;

4° la formation professionnelle se tient principalement du lundi au vendredi et de 8 h à 17 h;

5° le chômeur complet indemnisé s'engage, pendant la dispense, à être inscrit auprès de l'Office de l'emploi.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, l'Office de l'emploi peut octroyer une dispense si l'année de formation professionnelle au cours de laquelle les seuils d'heures ou d'ECTS y fixés ne sont pas atteints s'avère être la dernière.

**Art. 24** - Principe de la dispense unique

L'Office de l'emploi peut octroyer une seule dispense à un chômeur complet indemnisé pour qu'il puisse suivre une formation professionnelle.

L'Office de l'emploi peut déroger au principe prévu à l'alinéa 1<sup>er</sup> en tenant compte de l'âge, des études déjà réussies, des aptitudes, du passé professionnel, de la durée, de la période d'inoccupation du chômeur complet indemnisé, de la nature de la formation professionnelle et des possibilités qu'elle offre sur le marché de l'emploi.



**Art. 25 - Période de dispense**

La dispense est octroyée pour la durée de la formation professionnelle mentionnée à l'article 10, alinéa 1<sup>er</sup>.

Sans préjudice des dispositions de la section 2, la dispense prévue à l'alinéa 1<sup>er</sup> peut être prolongée dans le respect des conditions prévues à l'article 10, alinéa 2.

**Art. 26 - Dispense initiale octroyée par une autorité régionale**

Le chômeur complet indemnisé qui avait déjà obtenu une dispense octroyée par une autre autorité régionale continue à en bénéficier pour la durée de sa formation professionnelle. Au terme de cette dispense, il peut introduire une demande de renouvellement auprès de l'Office de l'emploi.

*Section 2. — Conditions particulières de dispense en fonction de la nature de la formation professionnelle*

**Art. 27 - Mesures préparatoires ainsi que mesures d'intégration et de qualification**

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en une mesure de qualification organisée ou agréée par l'Office de l'emploi.

Par « mesure de qualification » au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, il faut entendre toute mesure de formation qui ne mène pas à l'obtention d'un diplôme. Sont exclus les mesures préparatoires, ou d'intégration, les études de plein exercice, les formations en alternance, les aides à la formation octroyées par l'Office pour une vie autodéterminée, les coopératives d'activités, les formations par le travail ainsi que les stages au sens de l'article 34 tels qu'ils sont définis dans le présent arrêté.

De la même manière, il peut être dispensé si la formation professionnelle est une mesure préparatoire ou d'intégration

**Art. 28 - Études de plein exercice**

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en des études de plein exercice organisées par un institut de formation agréé.

Par études de plein exercice, il faut entendre :

1° l'enseignement secondaire supérieur ordinaire, pour autant que la période de formation professionnelle dure au moins quatre semaines et en moyenne vingt heures par semaine;

2° l'enseignement supérieur organisé, agréé ou subventionné par une communauté ou dans un autre État, pour autant qu'il comporte au moins 27 ECTS par année d'études ou 14 ECTS par semestre;

3° les cours dispensés dans le cadre de la formation scolaire continuée au sens du chapitre 1<sup>er</sup>, section 4, du décret-programme 1997 ou des cours similaires dispensés dans une autre entité fédérée, pour autant que la durée de formation professionnelle s'étende sur au moins quatre semaines et en moyenne vingt heures par semaine;

La dispense est octroyée si :

1° le chômeur complet indemnisé est inscrit comme élève régulier. La dispense n'est pas octroyée s'il est inscrit comme élève libre;

2° les études de plein exercice sont d'un niveau équivalent ou supérieur aux études déjà réussies;

3° le chômeur complet indemnisé n'est pas titulaire d'un diplôme de l'enseignement supérieur;

4° le chômeur complet indemnisé a, au jour où débute les études de plein exercice, terminé sa dernière formation scolaire et/ou dans le cadre d'un apprentissage depuis au moins deux ans;

5° la période de chômage indemnisé correspond au moins à l'une des durées suivantes :

a) un jour au cours des trois derniers mois si les études de plein exercice préparent à une profession en pénurie;

b) trois mois, c'est-à-dire au moins septante-huit allocations en tant que chômeur complet indemnisé au cours des deux années précédant le début de la dispense, s'il est âgé de 25 ans au plus;

c) douze mois, c'est-à-dire au moins trois-cent-douze allocations en tant que chômeur complet indemnisé au cours des deux années précédant le début de la dispense si les études ne préparent pas à une profession en pénurie.

L'Office de l'emploi accorde une dérogation aux conditions mentionnées à l'alinéa 3, 2° et 3°, si le diplôme déjà obtenu n'offre aucune opportunité suffisante sur le marché de l'emploi.

Sur la proposition de l'Office de l'emploi, le ministre établit chaque année une liste des métiers pour lesquels une pénurie de main-d'œuvre au sens de l'alinéa 3, 5°, a) et c), peut être identifiée.

**Art. 29 - Formation en alternance**

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en une formation en alternance au sens de l'article 4, 17°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles et s'il est soumis à un contrat d'apprentissage au sens de l'article 27, 15°, de l'arrêté du 25 novembre 1991.

La dispense est octroyée si :

1° le chômeur complet indemnisé a, au jour où débute la formation en alternance, terminé sa dernière formation scolaire et/ou dans le cadre d'un apprentissage depuis au moins deux ans;

2° le chômeur complet indemnisé qui est déjà détenteur d'un diplôme de l'enseignement en alternance commence une formation auprès d'un employeur autre que le dernier auprès duquel il était occupé.

**Art. 30 - Aides à la formation octroyées par l'Office pour une vie autodéterminée**

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en l'une des mesures suivantes proposées par l'Office pour une vie autodéterminée :

1° la formation en entreprise régie par l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées;

2° le stage de réadaptation professionnelle réglé par l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés;

3° l'orientation en entreprise réglée par l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation.

**Art. 31 - Candidat entrepreneur dans le cadre d'une coopérative d'activités**

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si, dans le cadre de sa formation professionnelle en tant que candidat entrepreneur, il conclut une convention avec une coopérative d'activités au sens du titre VIII, chapitre 1<sup>er</sup>, de la loi du 1<sup>er</sup> mars 2007 portant des dispositions diverses.

La dispense est octroyée si :

- 1° la coopérative d'activités est reconnue conformément à l'article 81 de la loi susmentionnée du 1<sup>er</sup> mars 2007;
- 2° le travailleur appartient au groupe cible des chômeurs difficiles à placer ou à un autre groupe à risques au sens de l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté royal du 15 juin 2009 portant des dispositions diverses concernant le statut du candidat entrepreneur dans une coopérative d'activités;
- 3° les avantages financiers et matériels perçus par le chômeur complet indemnisé pendant la durée de la convention sont limités à une indemnité qui n'excède pas 2 euros par heure de travail.

Par dérogation à l'article 25, la dispense est, dans ce cas, octroyée pour la durée de la formation, avec un maximum de dix-huit mois. Elle peut être octroyée à plusieurs reprises. La durée totale de la dispense ne peut dépasser dix-huit mois en cas d'accumulation de dispenses pour pouvoir suivre, en tant que candidat entrepreneur, une ou plusieurs formations professionnelles au sein d'une coopérative d'activités.

**Art. 32 - Formation par le travail**

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle :

- 1° a lieu dans un centre de formation agréé conformément aux dispositions du décret de la Région wallonne du 10 juillet 2013 relatif aux centres d'insertion socioprofessionnelle;
- 2° a lieu dans un atelier de formation agréé conformément au décret de la Commission communautaire française de la Région Bruxelles-Capitale du 27 avril 1995 relatif à l'agrément de certains organismes d'insertion socio-professionnelle et au subventionnement de leurs activités de formation professionnelle en vue d'accroître les chances des demandeurs d'emploi inoccupés et peu qualifiés de trouver ou de retrouver du travail dans le cadre de dispositifs coordonnés d'insertion socio-professionnelle.

La dispense mentionnée à la section 1<sup>re</sup> est octroyée si :

- 1° le chômeur complet indemnisé est, au début de la formation, âgé d'au moins dix-huit ans et n'est pas titulaire d'un diplôme ou d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur;
- 2° le chômeur complet indemnisé est, au début de la formation professionnelle, inscrit comme demandeur d'emploi auprès de l'Office de l'emploi depuis au moins six mois;
- 3° dans les six mois qui précèdent le début de la formation, le chômeur complet indemnisé n'a ni suivi d'études de plein exercice, ni terminé avec fruit une formation professionnelle individuelle en entreprise, ni travaillé plus de septante-huit jours comme travailleur salarié ou plus d'un trimestre comme travailleur indépendant;
- 4° les avantages financiers perçus par le chômeur complet indemnisé pendant la durée de la formation sont limités à une indemnité qui n'excède pas 1 euro par heure de formation.

L'article 31, alinéa 3, est applicable à la période de dispense.

*Section 3. — Admission à une formation professionnelle sans dispense pour les chômeurs complets indemnisés*

**Art. 33 - Admission à une formation professionnelle**

Si le chômeur complet indemnisé suit une formation qui ne répond pas aux conditions fixées conformément à l'article 23, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, a) et b), la dispense est refusée. L'Office de l'emploi peut toutefois autoriser le chômeur complet indemnisé à participer à la formation professionnelle concernée, à condition que :

- 1° les conditions fixées à l'article 7 ainsi que les autres fixées à l'article 23 soient remplies;
- 2° le demandeur d'emploi soit disponible sur le marché de l'emploi pendant ce temps.

L'Office de l'emploi ne conclut aucun contrat de formation professionnelle avec les chômeurs complets indemnisés qui ont été admis à participer à une formation professionnelle conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>. Il ne conclut aucun contrat d'assurances pour ces mêmes personnes.

**Art. 34 - Admission à un stage**

§ 1<sup>er</sup> - L'Office de l'emploi peut autoriser un chômeur complet indemnisé à participer à un stage si :

- 1° les conditions fixées à l'article 7 sont remplies;
- 2° la durée du stage n'excède pas trois mois;
- 3° un contrat de stage a été conclu;
- 4° un programme de formation existe;
- 5° le stage est encadré par un accompagnateur de stage;
- 6° l'indemnité mensuelle pour formation n'excède pas 1 350 euros.

Par stage au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, il faut entendre toute activité limitée dans le temps au cours de laquelle l'employeur transmet au stagiaire, sur le lieu de travail, des connaissances professionnelles pertinentes, dans une approche pratique.

Pendant le stage, le chômeur complet indemnisé est disponible pour le marché de l'emploi.

Les stages organisés dans le cadre du programme Erasmus+ ou du Corps européen de solidarité sont dispensés de l'obligation mentionnée dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, ainsi que de celle mentionnée dans l'alinéa 3.

Le ministre peut modifier le montant mentionné dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 6<sup>o</sup>.

§ 2 - Les chômeurs complets indemnisés qui ont été autorisés à participer à un stage conformément au § 1<sup>er</sup> n'obtiennent pas de dispense. L'Office de l'emploi ne conclut aucun contrat de formation professionnelle avec eux. Il ne conclut aucun contrat d'assurances pour ces mêmes personnes.

*CHAPITRE 5. — Qualification sur le lieu de travail*

*Section 1<sup>re</sup>. — Formation professionnelle individuelle en entreprise*

**Art. 35 - Demande**

Tout employeur qui envisage d'assurer une formation professionnelle individuelle en entreprise introduit une demande en ce sens auprès de l'Office de l'emploi.

Cette demande reprend les informations suivantes :

- 1° l'identité de l'employeur;
- 2° une description du poste à pourvoir;
- 3° une description détaillée du contenu de la formation;
- 4° l'identité du ou des formateurs;

5° les conditions de travail proposées au terme du contrat de formation, notamment la nature du contrat, la rémunération et le régime de travail.

#### **Art. 36 - Admission**

Par dérogation au chapitre 2, section 2, l'Office de l'emploi peut autoriser un demandeur d'emploi inoccupé ou un chômeur complet indemnisé à participer à une formation professionnelle individuelle en entreprise si :

1° elle répond aux caractéristiques mentionnées dans l'article 2;

2° l'employeur dispose d'un poste vacant;

3° le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé peut apprendre, au cours de la formation professionnelle individuelle en entreprise, l'activité visée, et ce, dans le délai fixé à l'article 39;

4° il existe une différence significative concernant les connaissances et les aptitudes entre le profil de candidat du demandeur d'emploi et les exigences minimales requises pour le poste à pourvoir conformément à l'article 35, alinéa 2, 2°.

#### **Art. 37 - Contrat**

La formation professionnelle individuelle en entreprise fait l'objet d'un contrat conclu entre le demandeur d'emploi, l'employeur et l'Office de l'emploi.

Ce contrat reprend au moins les données et éléments suivants :

1° l'identité des parties contractantes;

2° l'adresse du domicile ou, selon le cas, de l'unité d'établissement des parties contractantes;

3° le numéro d'entreprise de l'employeur;

4° une description du poste à pourvoir;

5° une description détaillée du contenu de la formation professionnelle;

6° l'identité et la fonction de l'accompagnateur désigné;

7° la façon dont l'Office de l'emploi assurera l'accompagnement de la formation professionnelle;

8° la durée du contrat;

9° le régime de travail;

10° le montant de la prime de productivité;

11° les modalités de paiement des frais de déplacement, de l'indemnité pour frais professionnels ainsi que de tout autre complément de salaire habituel au sein de l'entreprise;

12° les conditions selon lesquelles une formation professionnelle individuelle en entreprise peut être interrompue;

13° l'obligation pour l'employeur de respecter les dispositions en matière de protection du travail et des données;

14° l'obligation pour l'employeur de s'engager à assurer la formation et à accompagner le demandeur d'emploi pendant la formation professionnelle individuelle en entreprise;

15° les droits et devoirs des parties contractantes.

Les articles 11 à 14 s'appliquent au contrat.

Sans préjudice de l'alinéa 3, l'Office de l'emploi peut résilier le contrat si l'employeur ne respecte pas les obligations fixées dans la présente section et dans le contrat, et ce, après l'avoir entendu sur ce point.

Le ministre fixe, sur proposition de l'Office de l'emploi, le modèle du contrat.

#### **Art. 38 - Indemnité**

Le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé qui participe à une formation professionnelle individuelle en entreprise reçoit, à charge de l'employeur :

1° une prime de productivité qui correspond au travail effectué et à la différence entre le salaire imposable auquel l'employeur est tenu au terme de la formation et les revenus de remplacement du demandeur d'emploi inoccupé ou du chômeur complet indemnisé;

2° une indemnité de déplacement, à charge de l'employeur, conformément à la convention collective à laquelle il est soumis;

3° le cas échéant, une indemnité de déplacement et/ou une indemnité pour frais professionnels, à charge de l'employeur, conformément à la convention collective à laquelle il est soumis;

4° tout autre complément de salaire habituel conformément à la convention collective à laquelle l'employeur est soumis.

Le chômeur complet non indemnisé a droit à une allocation de formation professionnelle au sens de l'article 36ter de l'arrêté du 25 novembre 1991.

#### **Art. 39 - Durée**

La durée minimale d'une formation professionnelle individuelle en entreprise est de quatre semaines.

La durée maximale d'une formation professionnelle individuelle en entreprise est de six mois. Dans des cas exceptionnels dûment justifiés, l'Office de l'emploi peut autoriser une prolongation de la durée d'une formation professionnelle individuelle en entreprise pour six mois au maximum.

#### **Art. 40 - Engagement obligatoire**

L'employeur s'engage, dans le cadre du contrat mentionné dans l'article 37, à engager en tant que salarié le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé qui a participé à une formation professionnelle au sein de son entreprise au terme de celle-ci, et ce, pour une durée correspondant au moins à celle de ladite formation.

Le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé est engagé pour un poste dans l'activité apprise et aux conditions habituellement en vigueur dans l'entreprise pour cette activité.

#### **Art. 41 - Assurance**

Pour les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés, l'employeur conclut un contrat d'assurance contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle et sur le chemin de la formation. Ce contrat d'assurance garantit au demandeur d'emploi inoccupé et au chômeur complet indemnisé les mêmes avantages que ceux qu'un assureur doit accorder à un salarié dans la profession apprise en vertu des lois du 10 avril 1971 sur les accidents du travail et du 3 juillet 1967 sur la prévention ou la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public ainsi que de leurs arrêtés d'exécution, en fonction de la loi applicable à l'employeur parmi celles précitées.

Sans préjudice de l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'employeur conclut, pour la durée de la formation professionnelle, un contrat d'assurance de la responsabilité civile au sens de la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances. Ce contrat d'assurance couvre la responsabilité individuelle des demandeurs d'emploi inoccupés et des chômeurs complets indemnisés pour les dommages causés par eux aux tiers, à l'employeur qui possède l'entreprise dans laquelle ils complètent leur formation et aux employés de cette entreprise.

*Section 2. — Stage de transition*

**Art. 42 - Admission**

Par dérogation au chapitre 2, section 2, l'Office de l'emploi peut autoriser le demandeur d'emploi inoccupé à participer à un stage de transition conformément aux dispositions de l'article 36<sup>quater</sup> de l'arrêté du 25 novembre 1991 s'il :

1° est inscrit, au début du stage, comme demandeur d'emploi inoccupé en insertion professionnelle;

2° est porteur, au plus, d'un certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur.

**Art. 43 - Début du stage de transition**

Le stage de transition prend cours au plus tôt le 76<sup>e</sup> jour du stage d'insertion tel que visé à l'article 36, § 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>, et au plus tard, le 310<sup>e</sup> jour de celui-ci.

**Art. 44 - Contrat**

Le stage de transition fait l'objet d'un contrat conclu entre le stagiaire, le fournisseur de stage et l'Office de l'emploi.

Ce contrat reprend au moins les données et éléments suivants :

1° l'identité des parties contractantes;

2° l'adresse du domicile ou, selon le cas, de l'unité d'établissement des parties contractantes;

3° le numéro d'entreprise du fournisseur de stage;

4° l'objectif du contrat;

5° la façon dont l'Office de l'emploi assurera l'accompagnement du stage;

6° la durée du contrat qui ne peut être inférieure ou supérieure à celle fixée dans l'article 36<sup>quater</sup>, § 3, de l'arrêté du 25 novembre 1991;

7° le montant de l'indemnité mensuelle à charge du fournisseur de stage conformément à l'article 36<sup>quater</sup>, § 1<sup>er</sup>, 8<sup>o</sup>, et § 5, de l'arrêté du 25 novembre 1991 ainsi que l'obligation de payer cette indemnité dans un délai de quatre jours ouvrables suivant le mois auquel elle se rapporte;

8° les droits et devoirs des parties contractantes;

9° un renvoi général dont il ressort que le contrat est soumis aux dispositions de l'article 36<sup>quater</sup> de l'arrêté du 25 novembre 1991;

10° un renvoi aux dispositions en vigueur en matière de protection des données;

11° les conditions auxquelles le stage de transition peut être interrompu.

Les articles 11, 13 et 14 s'appliquent au contrat.

Sans préjudice de l'alinéa 3, l'Office de l'emploi peut résilier le contrat si le fournisseur de stage ne respecte pas les obligations fixées dans la présente section et dans le contrat, et ce, après l'avoir entendu sur ce point.

Le ministre fixe, sur proposition de l'Office de l'emploi, le modèle du contrat.

**Art. 45 - Assurance**

L'employeur conclut, pour les stagiaires, un contrat d'assurance contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle et sur le chemin de la formation. Ce contrat d'assurance garantit au stagiaire les mêmes avantages que ceux qu'un assureur doit accorder à un salarié dans la profession apprise en vertu des lois du 10 avril 1971 sur les accidents du travail et du 3 juillet 1967 sur la prévention ou la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public ainsi que de leurs arrêtés d'exécution, en fonction de la loi applicable à l'employeur parmi celles précitées.

Sans préjudice de l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'employeur conclut, pour la durée de la formation professionnelle, un contrat d'assurance de la responsabilité civile au sens de la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances. Ce contrat d'assurance couvre la responsabilité individuelle des stagiaires pour les dommages causés par eux aux tiers, à l'employeur qui possède l'entreprise dans laquelle ils ont terminé leur formation et aux employés de cette entreprise.

**Art. 46 - Fin du stage de transition**

Avant que l'Office de l'emploi n'établisse l'attestation mentionnée à l'article 36<sup>quater</sup>, § 5, alinéa 3, de l'arrêté du 25 novembre 1991, il demande l'avis du stagiaire et du fournisseur de stage.

Ces avis sont introduits auprès de l'Office de l'emploi dans un délai de sept jours calendrier. Au terme de ce délai, l'Office de l'emploi établit l'attestation susmentionnée dans les sept jours calendrier.

**Art. 47 - Engagement non obligatoire**

La conclusion d'un stage de transition n'oblige pas le fournisseur de stage à engager le stagiaire dans les liens d'un contrat de travail à l'issue dudit stage.

*CHAPITRE 6. — Contrôle, retrait et recours*

**Art. 48 - Respect des obligations**

L'admission à une formation professionnelle, à une formation professionnelle individuelle en entreprise et à un stage de transition ainsi que l'octroi de la dispense ou, selon le cas, d'une prime et d'une indemnité de déplacement sont soumis au respect des obligations et conditions fixées dans le présent arrêté et le contrat de formation professionnelle.

Pour vérifier le respect des obligations du demandeur d'emploi inoccupé et du chômeur complet indemnisé, l'Office de l'emploi peut exiger d'eux une déclaration dont il ressort qu'ils ont suivi la formation professionnelle de manière régulière et consciencieuse.

**Art. 49 - Avertissement et mise en demeure**

Si l'Office de l'emploi constate que le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé ne respecte pas une ou plusieurs obligations ou conditions, il l'avertit et, le cas échéant, le met en demeure de remplir sans délai ces obligations, et ce, sans préjudice de l'application des articles 11 à 14.

**Art. 50 - Retrait**

§ 1<sup>er</sup> - Si le demandeur d'emploi ou le chômeur complet indemnisé, après l'invitation mentionnée à l'article 49, continue à ne pas remplir ces obligations, l'Office de l'emploi lui retire, après l'avoir entendu sur ce point, l'admission à une formation professionnelle, à une formation professionnelle individuelle en entreprise et à un stage de transition ainsi que l'octroi de la dispense ou, selon le cas, de la prime et de l'indemnité de déplacement, et ce, sans préjudice de l'application des articles 11 à 14.

§ 2 - L'Office de l'emploi retire également l'admission à une formation professionnelle et l'octroi de la dispense ou, selon le cas, de la prime et de l'indemnité de déplacement au demandeur d'emploi inoccupé ou au chômeur complet indemnisé, s'il met fin prématurément à la formation professionnelle ou si l'opérateur de formation met fin à ladite formation en raison du comportement de la personne concernée.

Pour les demandeurs d'emploi dont l'inscription est obligatoire, l'Office de l'emploi transmet le dossier à son service de contrôle en application de l'article 2, 5<sup>o</sup>, du décret du 17 janvier 2000.

§ 3 - L'Office de l'emploi transmet au demandeur d'emploi inoccupé et au chômeur complet indemnisé sa décision prise en vertu des §§ 1<sup>er</sup> et 2 par lettre recommandée.

CHAPITRE 7. — *Dispositions finales***Art. 51 - Disposition modificative**

Dans l'article 36<sup>quater</sup>, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>, de l'arrêté du 25 novembre 1991, remplacé par l'arrêté royal du 10 novembre 2012, les mots « le 156e jour » sont remplacés par les mots « le 76<sup>e</sup> jour ».

**Art. 52 - Disposition modificative**

Dans le même arrêté sont abrogés :

1<sup>o</sup> l'article 91, modifié par les arrêtés royaux des 2 octobre 1992 et 5 mars 2006;

2<sup>o</sup> l'article 92, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 1<sup>er</sup> juillet 2014;

3<sup>o</sup> l'article 93, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 28 décembre 2011;

4<sup>o</sup> l'article 94, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 1<sup>er</sup> juillet 2014.

**Art. 53 - Disposition modificative**

Dans l'article 14, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, les 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup> sont remplacés par ce qui suit :

« 1<sup>o</sup> la formation professionnelle individuelle en entreprise, mentionnée dans le chapitre 5, section 1<sup>re</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi;

2<sup>o</sup> le stage de transition, mentionné au chapitre 5, section 2, du même arrêté; ».

**Art. 54 - Disposition abrogatoire**

L'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 avril 2013, est abrogé.

**Art. 55 - Disposition transitoire**

Toutes les personnes admises, avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, à une formation professionnelle, à une formation professionnelle individuelle en entreprise ou à un stage de transition en application de l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle, continuent à être soumises, jusqu'à la fin de la formation en question, aux dispositions de l'arrêté de l'Exécutif susmentionné, dans sa version en vigueur au 31 décembre 2018.

Les personnes qui, avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, avaient droit, conformément au même arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985, à une prime ou à une indemnité de déplacement ou de séjour, ou qui, en vertu des articles 91 à 94 de l'arrêté du 25 novembre 1991, bénéficiaient d'une dispense, continuent à jouir, jusqu'à la fin de la formation en question mentionnée dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, de ces avantages conformément aux conditions fixées par les deux arrêtés susmentionnés, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

**Art. 56 - Disposition transitoire**

Les chômeurs complet indemnisés qui avaient déjà obtenu une dispense octroyée par l'ONEM conformément aux articles 91 à 94 de l'arrêté du 25 novembre 1991, dans sa version en vigueur au 31 décembre 2015, continuent à en bénéficier pour la durée de leur formation professionnelle. Au terme de cette dispense, ils peuvent introduire une demande de renouvellement auprès de l'Office de l'emploi.

**Art. 57 - Disposition transitoire**

Toute formation agréée conformément à l'article 5 de l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle est réputée agréée conformément au présent arrêté.

**Art. 58 - Entrée en vigueur**

Le présent arrêté entre en vigueur le 31 décembre 2018.

**Art. 59 - Exécution**

Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 13 décembre 2018.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président

O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente,

Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

I. WEYKMANS

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/200313]

**13 DECEMBER 2018. — Besluit van de Regering betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, artikel 2, § 1, 2<sup>o</sup> en 6<sup>o</sup>, gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016, artikel 2, § 2, eerste lid, en artikel 2, § 5, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2007;

Gelet op het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, artikel 13, § 1;

Gelet op het besluit van de Executieve van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen;

Gelet op het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 20 september 2018;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 29 juni 2018;

Gelet op advies 64.415/4 van de Raad van State, gegeven op 19 november 2018, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2<sup>o</sup>, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op het gelijkkluidend advies van de federale Ministerraad van 7 december 2018;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 4 september 2018;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1 - Definities**

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1<sup>o</sup> werknemer : de persoon die gebonden is door een arbeidsovereenkomst of de persoon die niet onder een arbeidsovereenkomst valt, maar tegen betaling een activiteit uitoefent onder de verantwoordelijkheid en het gezag van een andere persoon of tegen betaling werk uitvoert onder soortgelijke voorwaarden;

2<sup>o</sup> Dienst voor arbeidsbemiddeling : de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

3<sup>o</sup> arbeidsmarktrelevante beroepsopleiding : beroepsopleiding die de kansen van de werkzoekende op de arbeidsmarkt duurzaam verbetert;

4<sup>o</sup> werkzoekende : elke persoon die bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingeschreven is;

5<sup>o</sup> opleidingsuitkering : vergoedingen en financiële voordelen die een op te leiden persoon krijgt als vergoeding voor het werk dat hij heeft verricht of als tegemoetkoming in de kosten voor de deelneming aan een beroepsopleiding;

6<sup>o</sup> decreet van 17 januari 2000 : het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap;

7<sup>o</sup> Dienst voor zelfbeschikkend leven : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

8<sup>o</sup> ECTS-punten : de studiepunten die worden toegekend in het kader van het Europees Systeem voor de overdracht en de accumulatie van studiebelastingpunten;

9<sup>o</sup> inschakelingstraject : alle stappen en maatregelen om de werkzoekende met succes in de arbeidsmarkt te integreren;

10<sup>o</sup> uitkeringsgerechtigde volledige werkloze : de persoon die niet werkt en voldoet aan de voorwaarden om een uitkering in de zin van artikel 27, 4<sup>o</sup>, van het besluit van 25 november 1991 te ontvangen;

11<sup>o</sup> besluit van 25 november 1991 : het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

12<sup>o</sup> cursist : de persoon die een beroepsopleiding volgt;

13<sup>o</sup> RVA : de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening;

14<sup>o</sup> Minister : de minister bevoegd voor Werkgelegenheid;

15<sup>o</sup> stagiair : de werkzoekende die een instapstage als bedoeld in hoofdstuk 5, afdeling 2, volgt;

16<sup>o</sup> niet-werkende werkzoekende :

a) de werkzoekende die geen betaalde beroepsactiviteit uitoefent;

b) de onvrijwillig deeltijdse werknemer in de zin van artikel 29 van het besluit van 25 november 1991;

17<sup>o</sup> bemiddelingsdienst van een andere deelentiteit : volgende diensten van de andere Belgische deelentiteiten die soortgelijke opdrachten vervullen als de Dienst voor arbeidsbemiddeling:

a) VDAB : de Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding, opgericht bij het decreet van de Vlaamse Gemeenschap van 7 mei 2004 tot oprichting van het publiekrechtelijk vormgegeven extern verzelfstandigd agentschap "Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding";

b) FOREM : de Waalse dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling, opgericht bij het decreet van het Waals Gewest van 6 mei 1999 betreffende de "Office wallon de la formation professionnelle et de l'emploi" (Waalse dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling);

c) ACTIRIS : de dienst voor arbeidsbemiddeling van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, opgericht bij de ordonnantie van 18 januari 2001 houdende organisatie en werking van Actiris;

d) "Bruxelles Formation" : het Franstalig Brussels Instituut voor Beroepsopleiding, opgericht bij het decreet van de Franse Gemeenschapscommissie van 17 maart 1994 houdende oprichting van het Franstalig Brussels Instituut voor Beroepsopleiding;

- 18° verplicht ingeschreven werkzoekende : elke werkzoekende die bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingeschreven is met het oog op het verkrijgen van een werkloosheidsuitkering of een inschakelingsuitkering;
- 19° werkdag : de weekdays van maandag tot vrijdag, met uitzondering van de wettelijke feestdagen.

## HOOFDSTUK 2. — *Gemeenschappelijke bepalingen*

### *Afdeling 1. — Beroepsopleidingen*

#### **Art. 2 - Beroepsopleiding**

In het kader van dit besluit wordt onder beroepsopleidingen in de zin van artikel 27, 6°, van het besluit van 25 november 1991 verstaan : alle maatregelen die de cursist via een georganiseerde opleiding of een praktische opleiding op de werkplek de nodige professionele vaardigheden, kennis en bekwaamheden bieden om een gekwalificeerde beroepsactiviteit te kunnen uitoefenen.

De beroepsopleiding omvat :

- 1° het leren van een vak of een beroep;
- 2° de omscholing naar een ander vak of een ander beroep;
- 3° het verwerven van de competenties en de taal- en vakkennis die noodzakelijk zijn om een beroepsactiviteit uit te oefenen;
- 4° de omscholing, vervolmaking en verruiming van de beroepskennis.

De beroepsopleiding kan gevolgd worden in een instelling die door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerd of gesubsidieerd wordt. Bij de beroepsopleiding kan het ook gaan om een individuele beroepsopleiding in een onderneming of een individuele beroepsopleiding in een door de Dienst voor arbeidsbemiddeling erkende onderwijsinstelling.

### *Afdeling 2. — Gemeenschappelijke procedurebepalingen*

#### **Art. 3 - Erkenning van beroepsopleidingen**

§ 1 - Een beroepsopleiding kan erkend worden onder de volgende voorwaarden :

- 1° ze voldoet aan de kenmerken vermeld in artikel 2;
- 2° ze is arbeidsmarktrelevant voor het Duitse taalgebied;
- 3° ze is kwalitatief hoogwaardig.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling erkent beroepsopleidingen ofwel op eigen initiatief, ofwel op aanvraag. Met het oog op de erkenning verzamelt de Dienst voor arbeidsbemiddeling de volgende gegevens op eigen initiatief of dient één van de personen vermeld in artikel 4, § 1, eerste lid, de volgende gegevens bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling in:

- 1° naam, adres, rechtsvorm en contactpersoon van de opleidingsoperator;
- 2° benaming en beschrijving van de opleiding;
- 3° beschrijving van de inhoud van het programma, de opleidingsplaats en de opleidingstijden;
- 4° gegevens over het diploma of het certificaat dat op het einde van de beroepsopleiding wordt uitgereikt.

Beroepsopleidingen die reeds erkend zijn door een andere Belgische of buitenlandse overheid, erkent de Dienst voor arbeidsbemiddeling van rechtswege.

Als de beroepsopleiding niet erkend is door een andere Belgische of buitenlandse overheid, beslist de Dienst voor arbeidsbemiddeling over de erkenning op basis van de kenmerken vermeld in het eerste en het tweede lid.

§ 2 - De erkenning kan alleen behouden worden als de voorwaarden vermeld in paragraaf 1, eerste lid, vervuld zijn. De Dienst voor arbeidsbemiddeling gaat regelmatig na of die voorwaarden worden nageleefd.

#### **Art. 4 - Toelating tot een beroepsopleiding**

§ 1 - Niet-werkende werkzoekenden, uitkeringsgerechtigde volledige werklozen, werknemers, zelfstandigen, werkgevers of statutaire personeelsleden kunnen toegelaten worden tot een beroepsopleiding die overeenkomstig artikel 3 erkend is of door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerd wordt.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling beveelt de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze aan om aan een door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerde of erkende beroepsopleiding deel te nemen en kan hem verplichten deel te nemen.

§ 2 - Een niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan ofwel op eigen initiatief een volledig ingevulde, gedateerde en ondertekende aanvraag tot toelating tot een beroepsopleiding indienen bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling, ofwel die aanvraag samen met een adviseur van de Dienst voor arbeidsbemiddeling invullen. Die aanvraag bevat de volgende gegevens :

- 1° als hij de aanvraag op eigen initiatief indient: een motivatiebrief waaruit blijkt dat de beroepsopleiding in zijn inschakelingstraject past en arbeidsmarktrelevant is;
- 2° een uitvoerig programma van de beroepsopleiding;
- 3° nauwkeurige vermelding van het begin en het einde van de beroepsopleiding, alsook over de opleidingsdagen, opleidingsuren en de opleidingsplaats.

Als het gaat om werknemers, werkgevers, zelfstandigen of statutaire personeelsleden, dan dienen deze een aanvraag tot toelating tot een door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerde beroepsopleiding in bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling. Die aanvraag bevat de volgende gegevens :

- 1° naam, adres, rechtsvorm en contactpersoon van de werkgever;
- 2° benaming en beschrijving van de opleiding;
- 3° beschrijving van de inhoud van het programma, de opleidingsplaats en de opleidingstijden;
- 4° naam en woonplaats van de aanvrager.

§ 3 - Voor de toelating tot een beroepsopleiding heeft de niet-werkende werkzoekende en de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze voorrang op werknemers, zelfstandigen, werkgevers of statutaire personeelsleden.

#### **Art. 5 - Sluiten van een beroepsopleidingsovereenkomst**

Na de toelating tot een beroepsopleiding overeenkomstig artikel 4 sluiten de Dienst voor arbeidsbemiddeling en, naargelang van het geval, de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze een beroepsopleidingsovereenkomst overeenkomstig de voorwaarden en nadere regels bepaald in afdeling 4.

De volgende opleidingsovereenkomsten worden gelijkgesteld met de beroepsopleidingsovereenkomst van de Dienst voor arbeidsbemiddeling :

- 1° een inschrijvingsattest dat wordt uitgereikt in het kader van studies met volledig leerplan in de zin van artikel 28;
- 2° leerovereenkomsten die gesloten worden in het kader van een duale opleiding in de zin van artikel 29;
- 3° opleidingsovereenkomsten die gesloten worden in het kader van een opleidingsmaatregel van de Dienst voor zelfbeschikkend leven in de zin van artikel 30;
- 4° overeenkomsten die gesloten worden in het kader een activiteitencoöperatie in de zin van artikel 31;
- 5° opleidingsovereenkomsten die gesloten worden in het kader van een opleiding door werk in de zin van artikel 32.

**Art. 6 - Toekenning van een vrijstelling of toekenning van een premie en een reiskostenvergoeding**

Als de Dienst voor arbeidsbemiddeling de deelneming aan een beroepsopleiding overeenkomstig artikel 4 toestaat, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling uiterlijk binnen een termijn van 20 werkdagen vanaf de toelating :

- 1° overeenkomstig de voorwaarden en nadere regels bepaald in hoofdstuk 3 een premie en een reiskostenvergoeding toekennen aan de niet-werkende werkzoekende en uitkeringsgerechtigde volledige werkloze;
- 2° overeenkomstig de voorwaarden en nadere regels bepaald in hoofdstuk 4 een vrijstelling toekennen aan de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze.

*Afdeling 3. — Voorwaarden voor de toelating tot een beroepsopleiding*

**Art. 7 - Voorwaarden**

§ 1 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling staat de deelneming aan een beroepsopleiding bepaald in artikel 2 toe als :

- 1° de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zijn woonplaats in het Duitse taalgebied heeft;
- 2° de opleiding in het inschakelingstraject van de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze past;
- 3° de opleiding voor de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze arbeidsmarkt-relevant is;
- 4° de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze niet onder de voltijdse leerplicht valt;
- 5° de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze de wettelijke pensioensleeftijd nog niet bereikt heeft.

Voor de toepassing van het eerste lid, 2°, beslist de Dienst voor arbeidsbemiddeling op basis van de bekwaamheid, het beroepsverleden en de persoonlijke situatie van de aanvrager. De aanvrager kan onderworpen worden aan een medische test, een psychologische test en een test inzake beroepsgeschiktheid.

§ 2 - Volgende personen worden vrijgesteld van het voldoen aan de voorwaarden vermeld in paragraaf 1 :

- 1° werknemers;
- 2° werkgevers;
- 3° zelfstandigen;
- 4° statutaire personeelsleden.

Op verzoek van een bemiddelingsdienst van een andere deeltentiteit kunnen ook niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde werklozen die geen woonplaats in het Duitse taalgebied hebben, door de Dienst voor arbeidsbemiddeling vrijgesteld worden van het voldoen aan de voorwaarden vermeld in paragraaf 1.

§ 3 - De niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze of de personen vermeld in paragraaf 2 kunnen de beroepsopleiding pas volgen wanneer de Dienst voor arbeidsbemiddeling hen overeenkomstig artikel 4 tot die beroepsopleiding heeft toegelaten.

*Afdeling 4. — Beroepsopleidingsovereenkomst*

**Art. 8 - Individuele beroepsopleidingsovereenkomst**

De beroepsopleidingsovereenkomst in de zin van artikel 5, eerste lid, is een individuele overeenkomst die schriftelijk en vóór het begin van de beroepsopleiding gesloten wordt.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling sluit geen beroepsopleidingsovereenkomst met de personen vermeld in artikel 7, § 2. Deze kunnen aan een beroepsopleiding deelnemen, voor zover ze daartoe toegelaten werden overeenkomstig artikel 4.

**Art. 9 - Inhoud**

De beroepsopleidingsovereenkomst bevat de volgende gegevens :

- 1° identiteit en woonplaats van de cursist;
- 2° datum waarop de opleiding begint en vermoedelijke duur van de opleiding;
- 3° naam, adres, rechtsvorm en contactpersoon van de opleidingsoperator;
- 4° nauwkeurige vermelding van het aantal onderwijsdagen en onderwijsuren per week;
- 5° opleidingsbeschrijving, doel en opleidingsplaats;
- 6° de rechten en plichten van de partijen. Die hebben in het bijzonder betrekking op :
  - a) de verplichtingen die voortvloeien uit dit besluit;
  - b) de nadere regels omtrent de deelname aan de beroepsopleiding;
  - c) maatregelen in geval van arbeidsongeschiktheid en in geval van afwezigheden.

**Art. 10 - Duur**

De beroepsopleidingsovereenkomst wordt gesloten voor de duur van de beroepsopleiding, met inbegrip van de daarin gelegen vakantieperiodes, maar hoogstens voor twaalf maanden.

De duur van de beroepsopleidingsovereenkomst vermeld in het eerste lid kan na twaalf maanden telkens verlengd worden met een nieuwe periode van twaalf maanden, als de Dienst voor arbeidsbemiddeling vaststelt dat de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze alle volgende verplichtingen nakomt :

- 1° hij volgt de beroepsopleiding regelmatig;



2° hij neemt actief deel aan de maatregelen die de Dienst voor arbeidsbemiddeling hem voorstelt;

3° hij gaat in op de uitnodigingen van de Dienst voor arbeidsbemiddeling;

4° hij slaagt voor het beroepsopleidingsjaar.

**Art. 11 - Wijziging van de persoonlijke situatie**

De niet-werkende werkzoekende en de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze delen elke wijziging van hun persoonlijke situatie mee aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling. Elk element dat invloed kan hebben op de beroepsopleidingsovereenkomst, de vrijstelling of de premie en de reiskostenvergoeding, wordt beschouwd als een wijziging van de persoonlijke situatie. In het bijzonder volgende elementen worden als een wijziging van de persoonlijke situatie beschouwd :

1° wijziging van de woonplaats;

2° begin van betaald werk;

3° stopzetten of afbreken van de beroepsopleiding;

4° wijziging van de opleidingsduur, opleidingsdagen en opleidingsuren per week.

Als de wijziging van de persoonlijke situatie niet wordt meegedeeld, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de beroepsopleidingsovereenkomst zonder opzeggingstermijn opzeggen.

Als de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze op basis van het verzuim vermeld in het tweede lid op onrechtmatige wijze een premie en een reiskostenvergoeding heeft ontvangen, dan vordert de Dienst voor arbeidsbemiddeling de desbetreffende bedragen terug.

Met de opzegging van de beroepsopleidingsovereenkomst eindigt ook de toekenning van de vrijstelling.

Gebeurtenissen die overeenkomstig het eerste lid, 1° tot 4°, tot een wijziging van de persoonlijke situatie leiden, hebben uitwerking vanaf de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin die gebeurtenis plaatsgevonden heeft. De gebeurtenissen vermeld in het eerste lid, 2° en 3°, hebben uitwerking vanaf de dag dat ze zich hebben voorgedaan.

**Art. 12 - Schorsing van de overeenkomst**

Als de cursist wegens ziekte of wegens een ongeval niet aan de opleiding kan deelnemen, wordt de overeenkomst geschorst. De cursist wettigt zijn afwezigheid met een medisch attest.

De schorsing van de beroepsopleidingsovereenkomst heeft tot gevolg dat de cursist tijdens de duur van de schorsing niet deelneemt aan de beroepsopleiding en dat de Dienst voor arbeidsbemiddeling tijdens de duur van de schorsing geen premie en geen reiskostenvergoeding betaalt.

Als de cursist wegens een langtijdige of herhaalde schorsing de beroepsopleiding niet kan hervatten, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de overeenkomst zonder opzeggingstermijn opzeggen.

**Art. 13 - Opzegging zonder opzeggingstermijn**

Met behoud van de toepassing van de artikelen 11, 12 en 48 tot 50 kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de beroepsopleidingsovereenkomst zonder opzeggingstermijn opzeggen, als de cursist :

1° een overtreding als vermeld in de artikelen 232 tot 235 van het Sociaal Strafwetboek heeft begaan om te worden toegelaten tot een beroepsopleiding;

2° de verplichtingen die uit de beroepsopleidingsovereenkomst voortvloeien schendt of niet nakomt.

**Art. 14 - Opzegging wegens onvoldoende geschiktheid**

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan een einde maken aan de beroepsopleidingsovereenkomst als de cursist niet de nodige geschiktheid bezit om met succes aan het normale verloop van de beroepsopleiding deel te nemen.

**HOOFDSTUK 3. — Premie, reiskostenvergoeding en verzekering**

*Afdeling 1. — Algemene bepalingen*

**Art. 15 - Premie**

§ 1 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan aan de gerechtigden bepaald in afdeling 2 een premie van hoogstens 150 euro per maand toekennen voor een voltijdse beroepsopleiding.

Een voltijdse beroepsopleiding omvat 38 opleidingsuren per week of 60 ECTS-punten per studiejaar. Een opleidingsuur omvat minstens 45 minuten.

§ 2 - Als de wekelijkse duur van de beroepsopleiding minder dan 38 uren per week omvat of als het studiejaar minder dan 60 ECTS-punten resp. het semester minder dan 30 ECTS-punten omvat, wordt de in paragraaf 1 bedoelde premie betaald in verhouding tot de opleidingstijd.

§ 3 - Als betrokkene geen recht heeft op een volledige maandelijkse premie, dan stemt de maandelijkse premie overeen met het resultaat dat bekomen wordt door de desbetreffende premie te vermenigvuldigen met een breuk waarvan de noemer gelijk is aan het aantal werkdagen van de maand naargelang van het toe te passen beroepsopleidingsstelsel en de teller gelijk is aan het aantal werkelijke of daarmee gelijkgestelde beroepsopleidingsdagen.

§ 4 - Voor niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werklozen die een voorbereidende maatregel en/of integratiemaatregel in de zin van artikel 20 volgen, wordt de maandelijkse premie - in afwijking van de paragrafen 2 tot 3 - in verhouding tot de werkelijke aanwezigheid betaald.

De in het eerste lid vermelde werkzoekende dient bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling maandelijks een aanwezigheidslijst in die wordt opgesteld door de opleidingsoperator.

Indien de niet-werkende werkzoekende en de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze meer dan 20 % van de maandelijkse opleidingstijd van de voorbereidende maatregel of integratiemaatregel ongewettigd afwezig is, ontvangt hij voor die maand geen premie en ook geen reiskostenvergoeding.

§ 5 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling stort de premie maandelijks op de rekening van de niet-werkende werkzoekende en van de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze.

§ 6 - De Minister kan nadere regels voor de uitbetaling en indexering van de subsidies bepalen.

**Art. 16 - Reiskostenvergoeding**

De gerechtigden bepaald in afdeling 2 die recht hebben op een premie als vermeld in artikel 15, hebben ook recht op een reiskostenvergoeding. Daartoe kent de Dienst voor arbeidsbemiddeling een reiskostenvergoeding toe in de vorm van een dagtarief als tegemoetkoming in de kosten van de niet-werkende werkzoekende en de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze voor het gebruik van vervoersmiddelen van de plaats waar hij zijn woonplaats heeft naar

de plaats waar hij een beroepsopleiding volgt. De reiskostenvergoeding wordt toegekend op voorwaarde dat een enkele rit minstens 5 kilometer bedraagt.

Het dagtarief van de reiskostenvergoeding wordt berekend op basis van de prijs van een sociaal maandabonnement 2e klasse van de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen gedeeld door 3,3027, vermenigvuldigd met 52 en gedeeld door 261.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling betaalt de reiskosten terug tot een traject van 150 km per rit overeenkomstig de formule bepaald in het tweede lid.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling stort de reiskostenvergoeding maandelijks op de rekening van de niet-werkende werkzoekende en van de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze.

**Art. 17 - Geldigheidsduur**

De premie en de reiskostenvergoeding worden toegekend voor de in artikel 10, eerste lid, vermelde duur van de beroepsopleidingsovereenkomst, met uitzondering van vakantieperiodes die langer dan twee weken duren.

De toekenning bepaald in het eerste lid kan verlengd worden onder de voorwaarden bepaald in artikel 10, tweede lid.

*Afdeling 2. — Gerechtigden*

**Art. 18 - AktiF-gerechtigden en AktiF PLUS-gerechtigden**

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kent een premie en een reiskostenvergoeding toe voor AktiF-gerechtigden en AktiF PLUS-gerechtigden in de zin van de artikelen 4 tot 8 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid en de uitvoeringsbepalingen ervan die bij het begin van de beroepsopleiding :

1° nog geen opleidingsuitkering van een andere openbare instelling of een beroepsinkomen ontvangen;

2° bewijzen dat ze een opleiding volgen met een duur van:

a) minstens 20 uur per week of;

b) minstens 4 weken.

**Art. 19 - Laaggekwalificeerde werkzoekenden**

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kent een premie en een reiskostenvergoeding toe aan niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werklozen die bij het begin van de beroepsopleiding:

1° geen houder zijn van :

a) een getuigschrift van het hoger secundair onderwijs en geen opleiding volgen die in de volgende drie maanden tot een dergelijk getuigschrift leidt, of;

b) een eindeleertijdsgetuigschrift van de leertijd vermeld in artikel 7 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's en geen leertijd volgen die in de volgende drie maanden tot zo een getuigschrift leidt, of

c) een gelijkwaardig getuigschrift als onder a) en b) van een andere deeltentiteit of van een andere Staat;

2° nog geen opleidingsuitkering van een andere openbare instelling of een beroepsinkomen ontvangen;

3° bewijzen dat ze een opleiding volgen met een duur van :

a) minstens 20 uur per week of;

b) minstens 4 weken.

**Art. 20 - Werkzoekenden die een voorbereidende maatregel of een integratiemaatregel volgen**

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kent een premie en een reiskostenvergoeding toe aan niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werklozen die:

1° een voorbereidende maatregel of integratiemaatregel volgen;

2° nog geen opleidingsuitkering van een andere openbare instelling of een beroepsinkomen ontvangen.

De Minister bepaalt de lijst van de maatregelen vermeld in het eerste lid, 1°.

*Afdeling 3. — Verzekering*

**Art. 21 - Verzekeringsspolis**

In geval van beroepsopleidingen die buiten het toepassingsgebied vallen van de Arbeidsongevallenwet van 10 april 1971 of van de wet van 3 juli 1967 betreffende de preventie van of de schadevergoeding voor arbeidsongevallen, voor ongevallen op de weg naar en van het werk en voor beroepsziekten in de overheidssector, sluit de Dienst voor arbeidsbemiddeling een verzekeringsspolis tegen ongevallen tijdens de beroepsopleiding en op de weg naar en van de opleidingsplaats voor de niet-werkende werkzoekenden en de uitkeringsgerechtigde volledige werklozen. Die verzekeringsspolis waarborgt de werkzoekende dezelfde voordelen als deze die een verzekeraar een loontrekkende in het geleerde beroep moet waarborgen op grond van de voormelde wet van 10 april 1971 en de uitvoeringsbesluiten ervan.

In geval van beroepsopleidingen die weliswaar binnen het toepassingsgebied van de voormelde wetten van 10 april 1971 en 3 juli 1967 vallen, maar geen dekking tegen ongevallen tijdens de beroepsopleiding en op de weg naar en van de opleidingsplaats hebben, sluit de Dienst voor arbeidsbemiddeling een verzekeringsspolis die deze risico's dekt voor de niet-werkende werkzoekenden en de uitkeringsgerechtigde werkzoekenden. Die verzekeringsspolis waarborgt de werkzoekende dezelfde voordelen als deze die een verzekeraar een loontrekkende in het geleerde beroep moet waarborgen op grond van de voormelde wet van 10 april 1971 en de uitvoeringsbesluiten ervan.

In afwijking van het eerste en het tweede lid sluit de Dienst voor arbeidsbemiddeling geen verzekeringsspolis af voor de cursisten die één van de volgende beroepsopleidingen volgen:

1° voltijds onderwijs in de zin van artikel 28;

2° duale opleidingen in de zin van artikel 29;

3° opleidingssteun van de Dienst voor zelfbeschikkend leven in de zin van artikel 30;

4° activiteiten in het kader van een overeenkomst met een activiteitencoöperatie in de zin van artikel 31;

5° 'opleiding door werk' in de zin van artikel 32.

Met behoud van de toepassing van het eerste tot het derde lid sluit de Dienst voor arbeidsbemiddeling voor de duur van de beroepsopleiding een aansprakelijkheidsverzekering in de zin van de wet van 4 april 2014 betreffende de verzekeringen. Die verzekering dekt de individuele aansprakelijkheid van de niet-werkende werkzoekenden en de

uitkeringsgerechtigde volledige werklozen en, in voorkomend geval, van de Dienst voor arbeidsbemiddeling voor schade die niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werklozen toebrengen aan derden, aan de opleidingsoperator, aan de onderneming waar ze hun opleiding voltooien, alsook aan de medewerkers van die onderneming.

#### HOOFDSTUK 4. — *Vrijstelling van de actieve beschikbaarheid*

##### *Afdeling 1. — Algemene bepalingen*

###### **Art. 22 - Vrijstelling**

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze die zijn woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap heeft, vrijstellen van de verplichting om beschikbaar te zijn voor de arbeidsmarkt vermeld in artikel 56 van het besluit van 25 november 1991 om een beroepsopleiding in de zin van artikel 2 te volgen.

De vrijstelling vermeld in het eerste lid biedt de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze de mogelijkheid om een passende werkaanbieding of een passende dienstbetrekking te weigeren. Hij is ook vrijgesteld van de verplichting om actief werk te zoeken.

###### **Art. 23 - Algemene vrijstellingsvoorwaarden**

Met behoud van de toepassing van de bijzondere toelatingsvoorwaarden bepaald in afdeling 2 wordt de vrijstelling toegekend voor de duur van de beroepsopleiding als:

1° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze de aanvraag tot toelating tot een beroepsopleiding in de zin van artikel 4 bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingediend heeft voordat die opleiding begint;

2° de Dienst voor arbeidsbemiddeling de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze overeenkomstig artikel 4 tot de beroepsopleiding heeft toegelaten;

3° de beroepsopleiding:

a) minstens 4 weken of

b) minstens 20 uur per week of;

c) minstens 27 ECTS-punten per studiejaar of 14 ECTS-punten per semester bedraagt;

4° de beroepsopleiding hoofdzakelijk van maandag tot vrijdag en van 8 uur tot 17 uur plaatsvindt;

5° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zich ertoe verplicht tijdens de vrijstelling ingeschreven te zijn bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan, in afwijking van het eerste lid, 3°, een vrijstelling toekennen, als het beroepsopleidingsjaar waarin het vastgestelde aantal uren of ECTS-punten niet bereikt wordt, het laatste jaar van de beroepsopleiding is.

###### **Art. 24 - Principe van de eenmalige vrijstelling**

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze slechts één keer vrijstellen om een beroepsopleiding te volgen.

Met inachtneming van de leeftijd, de reeds met succes voltooide studies, de geschiktheid, het beroepsverleden, de duur van de werkloosheid van de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze, het soort beroepsopleiding en de mogelijkheden die deze opleiding op de arbeidsmarkt biedt, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling een afwijking toestaan van het principe bepaald in het eerste lid.

###### **Art. 25 - Duur van de vrijstelling**

De vrijstelling wordt toegekend voor de in artikel 10, eerste lid, vermelde duur van de beroepsopleidingsovereenkomst.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen van afdeling 2 kan de vrijstelling bepaald in het eerste lid verlengd worden onder de voorwaarden bepaald in artikel 10, tweede lid.

###### **Art. 26 - Oorspronkelijke vrijstelling door een gewestelijke overheid**

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze die al een vrijstelling gekregen heeft van een andere gewestelijke overheid, blijft voor de duur van zijn beroepsopleiding vrijgesteld. Na afloop van die vrijstelling kan hij een vernieuwing van de vrijstelling bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling aanvragen.

##### *Afdeling 2. — Bijzondere vrijstellingsvoorwaarden, afhankelijk van het soort beroepsopleiding*

###### **Art. 27 - Voorbereidende maatregel, integratiemaatregel en kwalificatiemaatregel**

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als het bij de beroepsopleiding gaat om een kwalificatiemaatregel die door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerd of erkend is.

Als kwalificatiemaatregel in de zin van het eerste lid geldt elke opleidingsmaatregel die niet leidt tot het verkrijgen van een diploma. Bij die maatregel kan het niet gaan om een voorbereidende maatregel of een integratiemaatregel, studies met een volledig leerplan, een duale opleiding, een opleidingssteun van de Dienst voor zelfbeschikkend leven, een activiteitencoöperatie, een 'opleiding door werk', noch om een stage in de zin van artikel 34 zoals gedefinieerd in dit besluit.

Hij kan ook vrijgesteld worden, als het bij de beroepsopleiding gaat om een voorbereidende maatregel of een integratiemaatregel.

###### **Art. 28 - Studies met volledig leerplan**

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als het bij de beroepsopleiding gaat om studies met volledig leerplan in een erkende onderwijsinstelling.

Als studies met volledig leerplan worden beschouwd :

1° hoger secundair onderwijs in het gewoon onderwijs, voor zover de duur van de beroepsopleiding minstens vier weken en gemiddeld twintig uur per week bedraagt;

2° hoger onderwijs dat georganiseerd, erkend of gesubsidieerd wordt door een gemeenschap of in een andere Staat, voor zover het minstens 27 ECTS-punten per studiejaar of 14 ECTS-punten per semester omvat;

3° cursussen in het kader van de voortgezette schoolopleiding in de zin van hoofdstuk 1, afdeling 4, van het programmadecreet 1997 of gelijkwaardige cursussen van een andere deelentiteit, voor zover de beroepsopleiding minstens vier weken en gemiddeld twintig uur per week duurt.

De vrijstelling wordt toegekend als :

1° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze ingeschreven is als regelmatige leerling. De vrijstelling wordt niet toegekend als hij ingeschreven is als vrije leerling;

2° de studies met volledig leerplan hetzelfde of een hoger niveau hebben als de reeds met succes afgesloten studies;

3° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze geen getuigschrift van het hoger onderwijs heeft;

4° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zijn laatste opleiding aan een school en/of in het kader van een leertijd al minstens twee jaar beëindigd heeft op de dag dat hij de studies met volledig leerplan begint;

5° de duur van de uitkeringsgerechtigde werkloosheid minstens overeenstemt met één van de volgende periodes:

a) één dag binnen de laatste drie maanden, als de studies met volledig leerplan voorbereiden op een knelpuntberoep;

b) drie maanden, namelijk minstens 78 uitkeringen ontvangen hebben als uitkeringsgerechtigde volledige werkloze tijdens de laatste twee jaar voor het begin van de vrijstelling, als de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze hoogstens 25 jaar oud is;

c) twaalf maanden, namelijk minstens 312 uitkeringen ontvangen hebben als uitkeringsgerechtigde volledige werkloze tijdens de laatste twee jaar voor het begin van de vrijstelling, als de studies niet voorbereiden op een knelpuntberoep.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kent een afwijking toe van de voorwaarde vermeld in het derde lid, 2° en 3°, als het reeds behaalde diploma ontoereikende kansen op de arbeidsmarkt biedt.

Op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling maakt de Minister jaarlijks een lijst op van de beroepen waarvoor een tekort aan vakkrachten in de zin van het derde lid, 5°, a) en c), kan worden vastgesteld.

#### **Art. 29 - Duale opleiding**

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als de beroepsopleiding een duale opleiding is in een stelsel van alternerend leren in de zin artikel 4, 17°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen en als hij onder een leerovereenkomst in de zin van artikel 27, 15°, van het besluit van 25 november 1991 valt.

De vrijstelling wordt toegekend als :

1° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zijn laatste opleiding aan een school en/of in het kader van een leertijd al minstens twee jaar beëindigd heeft op de dag dat hij de duale opleiding begint;

2° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze die reeds houder is van een eindgetuigschrift in het stelsel van alternerend leren, een opleiding aanvat bij een andere werkgever dan zijn laatste werkgever.

#### **Art. 30 - Opleidingssteun van de Dienst voor zelfbeschikkend leven**

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als het bij de beroepsopleiding gaat om één van de volgende maatregelen van de Dienst voor zelfbeschikkend leven :

1° de opleiding in een bedrijf geregeld bij het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de mindervaliden in het arbeidsproces;

2° de opleidingsstage geregeld bij het besluit van de Regering van 28 november 1995 betreffende de stages tot beroepsreadaptatie van gehandicapten;

3° de oriëntatie in een bedrijf geregeld bij het besluit van de Regering van 18 januari 2002 betreffende de oriëntatiestage.

#### **Art. 31 - Kandidaat-ondernemer in het kader van een activiteitencoöperatie**

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als hij in het kader van zijn beroepsopleiding als kandidaat-ondernemer een overeenkomst sluit met een activiteitencoöperatie in de zin van titel VIII, hoofdstuk 1, van de wet van 1 maart 2007 houdende diverse bepalingen.

De vrijstelling wordt toegekend als :

1° de activiteitencoöperatie erkend is overeenkomstig artikel 81 van de voormelde wet van 1 maart 2007;

2° de werknemer behoort tot de doelgroep van de moeilijk te plaatsen werklozen en andere kansengroepen in de zin van artikel 1 van het koninklijk besluit van 15 juni 2009 houdende diverse bepalingen betreffende het statuut van kandidaat-ondernemer in een activiteitencoöperatie;

3° de financiële of materiële voordelen die de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze ontvangt tijdens de duur van de overeenkomst niet meer dan 2 euro per arbeidsuur bedragen.

In afwijking van artikel 25 wordt de vrijstelling in dat geval toegekend voor de duur van de overeenkomst met een maximum van 18 maanden. Ze kan meerdere malen worden toegekend. Ook als vrijstellingen worden gecumuleerd om één of meer beroepsopleidingen als kandidaat-ondernemer in een activiteitencoöperatie te volgen, kan de totale duur van de vrijstelling niet meer bedragen dan 18 maanden.

#### **Art. 32 - Opleiding door werk**

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als de beroepsopleiding :

1° plaatsvindt in een opleidingsonderneming die erkend is overeenkomstig het decreet van het Waals Gewest van 10 juli 2013 betreffende de centra voor socioprofessionele inschakeling;

2° plaatsvindt in een 'atelier voor opleiding' dat erkend is overeenkomstig het decreet van de Franse Gemeenschapscommissie van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest van 27 april 1995 betreffende de erkenning van organismen voor socio-professionele inschakeling en de subsidiëring van hun beroepsopleidingsactiviteiten voor werklozen en laag geschoolde werkzoekenden gericht op het vergroten van hun kans op het vinden of terugvinden van werk in het raam van gecoördineerde voorzieningen voor socioprofessionele inschakeling.

De vrijstelling vermeld in afdeling 1 wordt toegekend als :

1° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze bij het begin van de opleiding ten minste 18 jaar oud is en geen diploma of getuigschrift van het hoger secundair onderwijs heeft;

2° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze bij het begin van de beroepsopleiding al ten minste zes maanden bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingeschreven is als werkzoekende;

3° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze tijdens de zes maanden voor het begin van de opleiding geen studies met volledig leerplan heeft gevolgd, geen individuele beroepsopleiding in een onderneming met succes heeft afgesloten en niet meer dan 78 dagen als werknemer of meer dan één kwartaal als zelfstandige gewerkt heeft;

4° de financiële voordelen die de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze tijdens de opleiding ontvangt, niet meer dan 1 euro per opleidingsuur bedragen.

Artikel 31, derde lid, is van toepassing op de periode van de vrijstelling.

*Afdeling 3. — Toelating tot een beroepsopleiding zonder vrijstelling voor uitkeringsgerechtigde volledige werklozen*

**Art. 33 - Toelating tot een beroepsopleiding**

Als de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze een beroepsopleiding volgt die niet overeenstemt met de voorwaarden bepaald in artikel 23, eerste lid, 3°, *a)* en *b)*, wordt de vrijstelling geweigerd. De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze toch toelaten tot de desbetreffende beroepsopleiding, op voorwaarde dat :

- 1° de voorwaarden bepaald in artikel 7, alsook de overige voorwaarden bepaald in artikel 23 vervuld zijn;
- 2° de werkzoekende tijdens die opleiding ter beschikking staat voor de arbeidsmarkt.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling sluit geen beroepsopleidingsovereenkomst met uitkeringsgerechtigde volledige werklozen die overeenkomstig het eerste lid tot een beroepsopleiding toegelaten werden. Hij sluit ook geen verzekeringspolis voor hen.

**Art. 34 - Toelating tot een stage**

§ 1 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan een uitkeringsgerechtigde volledige werkloze laten deelnemen aan een stage, als :

- 1° de voorwaarden bepaald in artikel 7 vervuld zijn;
- 2° de stage niet meer dan drie maanden duurt;
- 3° een stageovereenkomst gesloten werd;
- 4° er een opleidingsprogramma bestaat;
- 5° de stage begeleid wordt door een stagebegeleider;
- 6° de maandelijkse stagevergoeding niet meer dan 1.350 euro bedraagt.

Onder stage in de zin van het eerste lid wordt verstaan: elke in de tijd beperkte activiteit tijdens welke de werkgever de stagiair op de werkplek beroepsrelevante kennis bijbrengt via praktische toepassing.

Tijdens de stage staat de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze ter beschikking van de arbeidsmarkt.

Stages in het kader van Erasmus+ en het Europees Solidariteitskorps vallen niet onder de verplichting vermeld in het eerste lid, 2°, en in het derde lid.

De Minister kan het bedrag vermeld in het eerste lid, 6°, wijzigen.

§ 2 - Uitkeringsgerechtigde volledige werklozen die overeenkomstig paragraaf 1 toegelaten werden tot een stage, krijgen geen vrijstelling. De Dienst voor arbeidsbemiddeling sluit geen beroepsopleidingsovereenkomst met hen. Hij sluit ook geen verzekeringspolis voor hen.

**HOOFDSTUK 5. — Kwalificatie op de werkplek**

*Afdeling 1. — Individuele beroepsopleiding in een onderneming*

**Art. 35 - Aanvraag**

Werkgevers die overwegen om een individuele beroepsopleiding in een onderneming aan te bieden, dienen daartoe een aanvraag in bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

De aanvraag bevat de volgende gegevens :

- 1° de identiteit van de werkgever;
- 2° een beschrijving van de in te vullen betrekking;
- 3° een gedetailleerde beschrijving van de inhoud van de opleiding;
- 4° de identiteit van de opleider of opleiders;
- 5° de werkvoorwaarden die na afloop van de opleidingsovereenkomst worden aangeboden, in het bijzonder het soort overeenkomst, de vergoeding en de arbeidstijdregeling.

**Art. 36 - Toelating**

In afwijking van hoofdstuk 2, afdeling 2, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling een niet-werkende werkzoekende of een uitkeringsgerechtigde volledige werkloze toelaten tot een individuele beroepsopleiding, als :

- 1° die opleiding voldoet aan de kenmerken vermeld in artikel 2;
- 2° de werkgever een vacante betrekking heeft die moet worden ingevuld;
- 3° de niet-werkende werkzoekende of de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze binnen de termijn bepaald in artikel 39 de beoogde activiteit kan leren via de individuele beroepsopleiding in een onderneming;
- 4° er op het gebied van kennis en vaardigheden een duidelijk onderscheid bestaat tussen het sollicitatieprofiel van de werkzoekende en het eisenprofiel van de betrekking die overeenkomstig artikel 35, tweede lid, 2°, moet worden ingevuld.

**Art. 37 - Overeenkomst**

De individuele beroepsopleiding in een onderneming wordt geregeld in een overeenkomst tussen de werkzoekende, de werkgever en de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

De overeenkomst bevat op zijn minst de volgende elementen en gegevens :

- 1° de identiteit van de partijen;
- 2° het adres van de woonplaats resp. het adres van de vestigingsplaats van de partijen;
- 3° het ondernemingsnummer van de werkgever;

- 4° een beschrijving van de in te vullen betrekking;
- 5° een gedetailleerde beschrijving van de inhoud van de beroepsopleiding;
- 6° de identiteit en de functie van de aangewezen begeleider;
- 7° hoe de beroepsopleiding door de Dienst voor arbeidsbemiddeling begeleid wordt;
- 8° de duur van de overeenkomst;
- 9° de arbeidstijdregeling;
- 10° het bedrag van de productiviteitspremie;
- 11° de nadere regeling omtrent de betaling van de reiskosten, de kostenvergoeding en de andere tegemoetkomingen die in de onderneming gebruikelijk zijn;
- 12° onder welke voorwaarden een individuele beroepsopleiding in een onderneming kan worden afgebroken;
- 13° de verplichting van de werkgever om de bepalingen inzake arbeidsveiligheid en bescherming van de persoonsgegevens na te leven;
- 14° de verplichting van de werkgever om de opleiding te bieden en de werkzoekende tijdens de individuele beroepsopleiding in een onderneming te begeleiden;
- 15° de rechten en plichten van de partijen.

De artikelen 11 tot 14 zijn van toepassing op de overeenkomst.

Met behoud van de toepassing van het derde lid kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de overeenkomst opzeggen, als de werkgever de verplichtingen die in deze afdeling en in de overeenkomst zijn vastgelegd, niet nakomt; de Dienst voor arbeidsbemiddeling kan de overeenkomst pas opzeggen nadat hij de werkgever daarover heeft gehoord.

De Minister legt het model van de overeenkomst vast op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

#### **Art. 38 - Vergoeding**

De niet-werkende werkzoekende of de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze die deelneemt aan een individuele beroepsopleiding in een onderneming, krijgt op kosten van de werkgever :

1° een productiviteitspremie die overeenstemt met het verrichte werk en met het verschil tussen het belastbare loon waartoe de werkgever zich na de opleiding verplicht en het vervangingsinkomen van de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze;

2° een reiskostenvergoeding ten laste van de werkgever overeenkomstig de collectieve arbeidsovereenkomst die op de werkgever van toepassing is;

3° in voorkomend geval, een dienstreisvergoeding en/of onkostenvergoeding ten laste van de werkgever overeenkomstig de collectieve arbeidsovereenkomst die op de werkgever van toepassing is;

4° andere gebruikelijke tegemoetkomingen overeenkomstig de collectieve arbeidsovereenkomst die op de werkgever van toepassing is.

De niet-uitkeringsgerechtigde volledige werkloze heeft recht op een 'opleidingsuitkering tijdens de duur van de individuele beroepsopleiding in een onderneming' in de zin van artikel 36ter van het besluit van 25 november 1991.

#### **Art. 39 - Duur**

De minimumduur van een individuele beroepsopleiding in een onderneming bedraagt vier weken.

De maximumduur van een individuele beroepsopleiding in een onderneming bedraagt zes maanden. In behoorlijk gemotiveerde uitzonderlijke gevallen kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling toestaan om de duur van de individuele beroepsopleiding in een onderneming te verlengen met hoogstens zes maanden.

#### **Art. 40 - Verplichte indienstneming**

In het kader van de overeenkomst vermeld in artikel 37 verplicht de werkgever zich ertoe de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze die aan een beroepsopleiding in zijn onderneming heeft deelgenomen, meteen na afloop van zijn beroepsopleiding, als loontrekkende in dienst te nemen voor een duur die minstens overeenstemt met de duur van de beroepsopleiding.

De niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze wordt in dienst genomen voor een betrekking in de geleerde activiteit en onder de voorwaarden die voor die activiteit gebruikelijk zijn in de onderneming.

#### **Art. 41 - Verzekering**

De werkgever sluit een verzekeringspolis tegen ongevallen tijdens de beroepsopleiding en op de weg van en naar de opleidingsplaats voor de niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werklozen. Die verzekeringspolis waarborgt de niet-werkende werkzoekende en de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze dezelfde voordelen als die welke een verzekeraar moet waarborgen aan een loontrekkende in het geleerde beroep op grond van de Arbeidsongevallenwet van 10 april 1971, de wet van 3 juli 1967 betreffende de preventie van of de schadevergoeding voor arbeidsongevallen, voor ongevallen op de weg naar en van het werk en voor beroepsziekten in de overheidssector en de uitvoeringsbesluiten van die wetten, naargelang welke van de voormelde wetten op de werkgever van toepassing is.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid sluit de werkgever voor de duur van de beroepsopleiding een aansprakelijkheidsverzekering in de zin van de wet van 4 april 2014 betreffende de verzekeringen. Die verzekering dekt de individuele aansprakelijkheid van de niet-werkende werkzoekenden en de uitkeringsgerechtigde volledige werklozen voor schade die niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werklozen toebrengen aan derden, aan de werkgever van de onderneming waar ze hun opleiding voltooien, alsook aan de medewerkers van die onderneming.

### *Afdeling 2. — Instapstage*

#### **Art. 42 - Toelating**

In afwijking van hoofdstuk 2, afdeling 2, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de niet-werkende werkzoekende toelaten tot een instapstage overeenkomstig artikel 36quater van het besluit van 25 november 1991, als de niet-werkende werkzoekende :

1° bij het begin van de stage bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingeschreven is als niet-werkende werkzoekende in de beroepsinschakelingstijd;

2° hoogstens een diploma of getuigschrift van het hoger secundair onderwijs heeft.

**Art. 43 - Begin van de instapstage**

De instapstage begint ten vroegste op de 76e dag van de beroepsinschakelingstijd zoals bedoeld in artikel 36, § 1, 4°, van het besluit van 25 november 1991 en ten laatste op de 310e dag van de beroepsinschakelingstijd.

**Art. 44 - Overeenkomst**

De instapstage wordt geregeld in een overeenkomst tussen de stagiair, de stagegever en de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

De overeenkomst bevat op zijn minst de volgende elementen en gegevens :

- 1° de identiteit van de partijen;
- 2° het adres van de woonplaats resp. het adres van de vestigingsplaats van de partijen;
- 3° het ondernemingsnummer van de stagegever;
- 4° de doelstelling van de overeenkomst;
- 5° hoe de stage door de Dienst voor arbeidsbemiddeling begeleid wordt;
- 6° de duur van de overeenkomst die niet langer of korter mag zijn dan de duur bepaald in artikel 36<sup>quater</sup>, § 3, van het besluit van 25 november 1991;
- 7° de maandelijks vergoeding die de stagegever verschuldigd is overeenkomstig artikel 36<sup>quater</sup>, § 1, 8°, en § 5, van het besluit van 25 november 1991, alsook de verplichting die vergoeding binnen vier werkdagen na de betrokken maand uit te betalen;
- 8° de rechten en plichten van de partijen;
- 9° een algemene bepaling waarin staat dat de overeenkomst onder artikel 36<sup>quater</sup> van het besluit van 25 november 1991 valt;
- 10° een verwijzing naar de geldende bepalingen betreffende de bescherming van de persoonsgegevens;
- 11° de voorwaarden waaronder de instapstage kan worden afgebroken.

De artikelen 11, 13 en 14 zijn van toepassing op de overeenkomst.

Met behoud van de toepassing van het derde lid kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de overeenkomst opzeggen, als de stagegever de verplichtingen die in deze afdeling en in de overeenkomst zijn vastgelegd, niet nakomt; de Dienst voor arbeidsbemiddeling kan de overeenkomst pas opzeggen nadat hij de stagegever daarover heeft gehoord.

De Minister legt het model van de overeenkomst vast op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

**Art. 45 - Verzekering**

De werkgever sluit een verzekeringspolis tegen ongevallen tijdens de beroepsopleiding en op de weg van en naar de opleidingsplaats voor de stagiairs. Die verzekeringspolis waarborgt de stagiair dezelfde voordelen als die welke een verzekeraar moet waarborgen aan een loontrekkende in het geleerde beroep op grond van de Arbeidsongevallenwet van 10 april 1971, de wet van 3 juli 1967 betreffende de preventie van of de schadevergoeding voor arbeidsongevallen, voor ongevallen op de weg naar en van het werk en voor beroepsziekten in de overheidssector en de uitvoeringsbesluiten van die wetten, naargelang welke van de voormelde wetten op de werkgever van toepassing is.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid sluit de werkgever voor de duur van de beroepsopleiding een aansprakelijkheidsverzekering in de zin van de wet van 4 april 2014 betreffende de verzekeringen. Die verzekering dekt de individuele aansprakelijkheid van de stagiairs voor schade die stagiairs toebrengen aan derden, aan de werkgever van de onderneming waar ze hun opleiding voltooiën, alsook aan de medewerkers van die onderneming.

**Art. 46 - Beëindiging van de instapstage**

Voordat de Dienst voor arbeidsbemiddeling het attest vermeld in artikel 36<sup>quater</sup>, § 5, derde lid, van het besluit van 25 november 1991 opmaakt, vraagt hij het advies van de stagiair en van de stagegever.

De adviezen worden binnen zeven kalenderdagen bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingediend. De Dienst voor arbeidsbemiddeling maakt het voormelde attest op binnen zeven kalenderdagen na het verstrijken van die termijn.

**Art. 47 - Niet-verplichte indienstneming**

Het geven van een instapstage verplicht de stagegever niet om de stagiair op het einde van de stageperiode op basis van een arbeidsovereenkomst in dienst te nemen.

**HOOFDSTUK 6. — Controle, intrekking en beroep****Art. 48 - Nakoming van de verplichtingen**

De toelating tot de beroepsopleiding, tot de individuele beroepsopleiding in een onderneming en tot de instapstage, alsook de toekenning van de vrijstelling of, naargelang van het geval, van de premie en de reiskostenvergoeding, is gebonden aan de nakoming van de verplichtingen en voorwaarden die in dit besluit en in de beroepsopleidingsovereenkomst worden bepaald.

Om te controleren of de niet-werkende werkzoekende of de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zijn verplichtingen nakomt, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling een attest van hem verlangen waaruit blijkt dat hij de beroepsopleiding regelmatig en gewetensvol volgt.

**Art. 49 - Waarschuwing en ingebrekestelling**

Als de Dienst voor arbeidsbemiddeling vaststelt dat de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze één of meer verplichtingen of voorwaarden niet naleeft, legt hij hem een waarschuwing en een ingebrekestelling op om die verplichtingen zo snel mogelijk na te komen, met behoud van de toepassing van de artikelen 11 tot 14.

**Art. 50 - Intrekking**

§ 1 - Als de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze de verplichtingen, na de in artikel 49 vermelde aanmaning, nog altijd niet nakomt, trekt de Dienst voor arbeidsbemiddeling de toelating tot de beroepsopleiding, tot de individuele beroepsopleiding in een onderneming en tot de instapstage, alsook de toekenning van de vrijstelling of, naargelang van het geval, de toekenning van de premie en de reiskostenvergoeding in, nadat de Dienst voor arbeidsbemiddeling hem daarover heeft gehoord en met behoud van de toepassing van de artikelen 11 tot 14.

§ 2 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling trekt de toelating tot de beroepsopleiding en de toekenning van de vrijstelling of, naargelang van het geval, de toekenning van de premie en de reiskostenvergoeding ook in als de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zijn beroepsopleiding voortijdig beëindigt of als die beroepsopleiding op grond van het gedrag van betrokkene door de opleidingsoperator beëindigd wordt.

Als het gaat om verplicht ingeschreven werkzoekenden zendt de Dienst voor arbeidsbemiddeling het dossier met toepassing van artikel 2, 5°, van het decreet van 17 januari 2000 over aan zijn controledienst.

§ 3 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling deelt de beslissing genomen met toepassing van de paragrafen 1 en 2 aangetekend mee aan de niet-werkende werkzoekende en de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze.

#### HOOFDSTUK 7. — Slotbepalingen

##### Art. 51 - Wijzigingsbepaling

In artikel 36<sup>quater</sup>, § 1, eerste lid, 4°, van het besluit van 25 november 1991, vervangen bij het koninklijk besluit van 10 november 2012, worden de woorden "156e dag" vervangen door de woorden "76e dag".

##### Art. 52 - Wijzigingsbepaling

In hetzelfde besluit worden de volgende bepalingen opgeheven :

1° artikel 91, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 2 oktober 1992 en 5 maart 2006;

2° artikel 92, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 1 juli 2014;

3° artikel 93, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 28 december 2011;

4° artikel 94, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 1 juli 2014.

##### Art. 53 - Wijzigingsbepaling

In artikel 14, eerste lid, van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF Plus-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid worden de bepalingen onder 1° en 2° vervangen als volgt :

"1° de individuele beroepsopleiding in een onderneming vermeld in hoofdstuk 5, afdeling 1, van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden;

2° de instapstage vermeld in hoofdstuk 5, afdeling 2, van hetzelfde besluit;"

##### Art. 54 - Opheffingsbepaling

Het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 april 2013, wordt opgeheven.

##### Art. 55 - Overgangsbepaling

Alle personen die vóór de inwerkingtreding van dit besluit toegelaten waren tot een beroepsopleiding, een individuele beroepsopleiding in een onderneming of een instapstage met toepassing van het besluit van de Executieve van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen, vallen tot het einde van hun opleiding onder de bepalingen van het voormelde besluit van de Executieve van 12 juni 1985, zoals van kracht op 31 december 2018.

De personen die, vóór de inwerkingtreding van dit besluit, overeenkomstig hetzelfde besluit van de Executieve van 12 juni 1985 recht hadden op een premie of een reiskosten- en onkostenvergoeding of op grond van de artikelen 91 tot 94 van het besluit van 25 november 1991 een vrijstelling hebben gekregen, hebben tot het einde van hun opleiding vermeld in het eerste lid recht op die voordelen onder de voorwaarden gesteld in het voormelde besluit van de Executieve van 12 juni 1985 en de artikelen 91 tot 94 van het besluit van 25 november 1991, zoals van kracht op 31 december 2018.

##### Art. 56 - Overgangsbepaling

Uitkeringsgerechtigde volledige werklozen die al een vrijstelling van de RVA hebben gekregen overeenkomstig de artikelen 91 tot 94 van het besluit van 25 november 1991 zoals die van kracht waren op 31 december 2015, blijven voor de duur van hun beroepsopleiding vrijgesteld. Na afloop van die vrijstelling kunnen ze een vernieuwing van de vrijstelling bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling aanvragen.

##### Art. 57 - Overgangsbepaling

De opleidingen die erkend zijn overeenkomstig artikel 5 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen, worden beschouwd als opleidingen die overeenkomstig dit besluit erkend zijn.

##### Art. 58 - Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 31 december 2018.

##### Art. 59 - Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 13 december 2018.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Minister-President  
O. PAASCH  
De Viceminister-President,  
Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme  
I. WEYKMANS